

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4596. — **Postkontonr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Pfeffer-Garde am Werke.

Berlin, 20. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit veröffentlicht neues Material über reaktionäre Umsturzkolonien im Kreis Arnswalde. Sie ist in der Lage, einen Befehl des Hauptmanns Pfeffer wiederzugeben, des berüchtigten Hauptorganizers des Frontbundes, gegen den noch immer ein Steckbrief wegen seiner Tätigkeit beim Kapp-Putsch erlassen ist. Der Befehl lautet:

Arbeitsgemeinschaft P. 12. Juli 1920. Anordnung 1.

1. Die hiesigen Verhältnisse sind noch nicht so völlig durchorganisiert, wie es den Umständen hätte. Noch bestehende Schwierigkeiten werden in Kürze verschwinden. Bis dahin wird ersucht, sich gedulden zu wollen, und an der Organisation mitzuwirken.
2. Die Lohnsätze belaufen sich auf 12 bis 15 Mk. in bar für jeden Mann. Außerdem Verpflegung, Unterbringung, Versicherung und Krankenpflege. Natürlich muß in dem ordnungsmäßigen Umfang dafür gearbeitet werden. Der einheitliche Satz ist noch nicht überall durchgedrungen, wird dort aber bestimmt nachgezahlt, sei es vom Arbeitgeber oder von einer Kasse. Unter diesen Umständen ist kein Grund zur Beunruhigung oder Ärm vorhanden, wenn am 1. August nicht alles klappt.
3. Arbeitsbeschäftigung wird beschafft und sehr preiswert abgegeben. Bis dahin bittet man die Arbeitgeber, solche Arbeiten vorläufig zurückzustellen, die besonders gehäufig auf die Arbeit wirken. Um Schmutz und Bemühungen im Gange. Es ist aber nicht möglich, jetzt schon Bestimmtes zu versprechen. Hauswaren und Kantinenwaren sollen durch eigene Kantinen beschafft werden.
4. Der Unterbringungsbereich der einzelnen Kompanien ist in der beiliegenden Karte eingezeichnet. Die Kompanien haben im Einvernehmen mit den Besitzern und den Bauern für zweckmäßige Verteilung in dem Raum zu sorgen, sowie für Ausfindung weiterer Unterkunstmöglichkeiten für Nachzügler.
5. Im falschen Raum befindliche Leute müssen umziehen. Fremde, die sich unter die Transporte gemeldet haben, sind zu melden unter Angabe, ob ihr Verbleiben gewünscht wird.
6. Beiliegender Fragebogen muß schleunigst ausgefüllt werden. Kompanieführer, bezw. Vertrauensleute mit nächstem Telephon sind besonders zu kennzeichnen.
7. Ich bin im Hotel Radio, Marktplatz, Arnswalde, Tel. Nr. 10, von jetzt an dauernd erreichbar.
8. Täglich vorab Befehlsermpfang und Auskunft in meinem Quartier, dazu von jedem Kompaniebereich ein Vertreter. Bahnfahrte wird verrechnet.
9. Der Organisationsobstent ist tarifmäßiger Arbeitsobstent.
10. Augenmerklich ist die gute Unterbringung und die Einigung in die hiesigen Verhältnisse die Hauptsache. Erst danach wird die weitere Organisation dringend.
11. Jedermann sei sich nochmals darüber klar, daß neue Verhältnisse immer Unbequemlichkeiten mit sich bringen, die sich sofort unangenehm bemerkbar machen, während die guten Seiten erst allmählich zum Bewußtsein kommen. Immer aber werden die Schwierigkeiten täglich geringer, das Gute aber täglich größer. Die Einsichtigen müssen verfrühte Mißstimmung wegen Kleinigkeiten verhalten.
12. Dieser Befehl ist möglichst bald mit allen Leuten zu besprechen. Fremden gegenüber ist er streng geheim zu halten, weil wir sonst nur Habere und Schwierigkeiten davon haben.

Ziffer 2 und 3.

Die Freiheit bemerkt dazu: Bisher sind im Kreis Arnswalde 4 Kompanien, mehrere Batterien Artillerie, sowie Train, Verpflegungs- und Sanitätskolonnen untergebracht. Außerdem die Batterie Maslow von der Eisernen Division. Artillerie, Infanterie- und Maschinengewehre sind auf den Gütern reichlich verteilt. Auch mehrere Minenwerfer sind vorhanden. Das fehlende Material wird Hauptmann Pfeffer noch besorgen, der gute Beziehungen zur Reichswehr hat, von der er auch die in seinem Befehl genannten Drillschulung zu beziehen gedenkt.

Stinnes-Pläne.

Die von uns vorausgesagten Bestrebungen der Fachsenherren, die Lasten des Abkommens von Spa auf die Bergarbeiter abzuwälzen und für das Kohlenkapital ein Geschäft daraus zu machen, sehen schon ein. Es wird uns berichtet:

Berlin, 20. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die freie Presse in Düsseldorf, das Organ der Mehrheitssozialisten, bringt unter der Überschrift Was Stinnes plant? einen Leitartikel, in dem berichtet wird, daß Verhandlungen mit den Bergarbeiterorganisationen im Gange sind, die Schlichtung um eine Stunde zu verlängern, weil die Ueberlicht nicht genügend mehr

schafft. Den moralischen Zwang auf die Leitung der Verbände, der Ueberarbeit zuzustimmen, sollen andre Personen nach Stinnes' Diktat ausüben. Um den Arbeiterführern und den Bergarbeitern die Ueberarbeit schmackhaft zu machen, sollen für die Ueberarbeit sowie zur Hebung der Gesamtleistungen Lebensmittel und Kleidungsstücke von Frankreich geliefert werden. Die Kosten sollen durch eine Abgabe von der Mehrlieferung über eine bestimmte Menge hinaus gedeckt werden. Eine in Paris zu errichtende Gesellschaft soll die Ausführung übernehmen. In dieser Gesellschaft wird sich Stinnes sehr stark beteiligen.

Die Bergarbeiterschaft wird natürlich nicht unbefehle auf diesen Köder anbeißen. Sie hat gewiß Interesse daran, daß das Kohlenabkommen ausgeführt, die Besetzung des Ruhrreviers vermieden, die Pläne auf Zerreißung des Reiches vereitelt werden, aber sie wird deshalb auf die Abwehr gesteigerter Ausbeutungsversuche nicht verzichten. Es gibt noch andre Mittel, die Produktivität des Bergbaues zu steigern, als Raubbau an der Arbeitskraft. Wir haben sie schon längst angedeutet: Die rationellere Organisation, die die Zusammenfassung der Gruben in einem sozialisierten Betrieb mit sich bringen und die die Arbeitslust der Bergleute steigern würde.

Den plötzlich von Arbeiterfreundlichkeit befallenen nationalistischen Blättern, die sich jetzt „gegen die Verklawung der deutschen Bergleute durch die Entente“ ereifern, muß gesagt werden, daß die deutschen Bergleute ebenso wenig die Sklaven der deutschen Kohlenbarone werden wollen.

Ueber die Folgen, die das Abkommen von Spa in der inneren Politik haben wird, läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen. Herr Stinnes soll freilich nach einer Meldung des Berliner Tageblattes mit dem Ergebnis von Spa fortgefahren sein, daß er im Reich den Kampf fortsetzen werde, den er in Spa geführt hat, daß er die deutsche Delegation, die sich ihm nicht gefügt hat, persönlich angreifen will. Es fragt sich indes, ob die deutsche Volkspartei ihm geschlossenen Gefolgschaft leisten wird. Das demokratische Berliner Tageblatt schreibt dem Kapitalmagnaten ins Stammbuch:

Wäre Herr Stinnes nicht hier gewesen, so hätte sich mehr durchziehen lassen. Es war vielleicht überhaupt ein Fehler, diesen eigenmächtigen, nur in wirtschaftlichen, aber nicht in politischen Begriffen denkenden Mann zu rufen.

Neue Kohlenpreiserhöhung.

Essen, 18. Juli. Die Mitglieder des Kohlenyndikats haben dem Reichskohlenverband eine Erhöhung der Kohlenpreise vom 1. August an vorgeschlagen.

Bericht über die Beschlüsse von Spa.

Berlin, 20. Juli. (U.) Das Reichskabinett nahm am Montag in Anwesenheit des Reichspräsidenten die Berichte des Reichsministers des Innern, des Reichswirtschaftsministers und des Reichsernährungsministers über die auf die wirtschaftlichen Fragen bezüglichen Beschlüsse von Spa entgegen. An diese Berichte schloß sich eine mehrstündige eingehende Aussprache.

Die Finanzkonferenz nach Brüssel einberufen

Paris, 19. Juli. Der Vorsitzende des Völkerbundrates, Senatspräsident Bourgeois, hat nunmehr die internationale Finanzkonferenz auf den 25. September nach Brüssel einberufen. Eine weitere Verschiebung ist nach seiner Ansicht nicht gut möglich.

Der deutsche Protest gegen einen französischen Gesandten für Bayern.

Paris, 20. Juli. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß der deutsche Protest gegen die Entsendung eines französischen Gesandten nach München unbegründet sei. Frankreich verfolge in Süddeutschland keine Lostrennungsbestrebungen. Wahrscheinlich würden Italien und England dem französischen Beispiel folgen. Die deutsche Note, welche früher in Paris übergeben wurde, könnte nur ein Argument enthalten, nämlich die Bestimmung der Reichsverfassung, welche keine direkte Beziehungen zu auswärtigen Staaten den deutschen Bundesstaaten gestattet. Dieser Wunsch treffe nicht zu, da der Versailler Vertrag die Wiederherstellung der Beziehungen zu Bayern auf dem Verhältnis der Vorkriegszeit setze.

Das „Maximum persönlicher Diktatur.“

W. O. Es ist eine bedauerliche Erscheinung, daß die theoretische Diskussion über die Probleme der Räteverwaltung, des Rätegedankens überhaupt, sich so schnell auf ganz bestimmte Formen verengt hat, die aus der frühesten Zeit der bolschewistischen Herrschaft stammen. Die Wandlungen, die der Rätegedanke jetzt in Rußland durchmacht und die für das gesamte Proletariat Europas von größter Bedeutung sind, haben seltsamerweise gerade in ihren entscheidenden Punkten nicht die nötige Aufmerksamkeit beim deutschen Proletariat gefunden.

Der Rätegedanke als solcher ist ja, was immer wiederholt werden muß, an sich noch keine rein bolschewistische Idee, denn auch unter der menschowistischen Regierung Kerenskis hat es Soldaten-, Betriebs- und Arbeiterräte gegeben. Das Moment, das die bolschewistische Revolution in die Entwicklung trug, war die Forderung: „Alle politische Macht an die A. und S.-Räte.“ Bei dieser Phase der bolschewistischen Revolution steht heute noch die gesamte Diskussion über den Rätegedanken in Deutschland.

Inzwischen sind in Rußland schon gewaltige prinzipielle Veränderungen vorgegangen, die eine Entwicklung setzen, aus der auch das deutsche Proletariat für seine kommenden revolutionären Kämpfe schon heute lernen muß.

Es liegt in den Umständen, unter denen die Sowjetregierung im Kampf gegen die ganze Welt sich durchzusetzen hat, daß sie zur Verhinderung innerpolitischer konterrevolutionärer Machinationen eine strenge Zensur über die Vorgänge in Rußland auch gegenüber dem Auslande übt. Auch wenn man die volle Berechtigung dieser Maßnahme zugestehen, so muß man doch andererseits hervorheben, daß die Folge dieser Abschließung einmal die ist, daß die Welt, vor allem das Proletariat, nur höchst unvollkommen über die bedeutungsvollen Entwicklungsercheinungen der ersten sozialistischen Republik, ihre Fehler und ihre Korrekturen unterrichtet ist. Der zweite Mangel ist der, daß man auch in Rußland infolge der Abschneidung den Blick für die politischen Möglichkeiten und Notwendigkeiten des übrigen Europas verliert. Niemals hätte sonst Lenin jenen seltsamen Aufruf an die englischen Arbeiter erlassen können, in dem er versuchte, diese zur Entfernung ihrer opportunistischen Führer und zur sofortigen gewaltsamen Machtübernahme aufzufordern. Lenin ist aus eigener Erfahrung früher ein trefflicher Kenner der englischen Arbeiterbewegung gewesen. Dieser Aufruf bringt den Beweis dafür, welche schweren Folgen eine derartige wirtschaftliche, politische und geistige Abschneidung mit sich bringt, wie Sowjetrußland sie jetzt nach dem Willen der Ententeimperialisten zu ertragen hat. Lenin hat die Fühlung mit der großen politischen Entwicklung der Welt verloren. Das zeigt am besten ein Vergleich mit Radek, der in Deutschland Gelegenheit hatte, seine Ansichten über die Entwicklung der Weltrevolution wesentlich zu revidieren.

Es ist wegen der Rückwirkung der russischen Entwicklung auf das übrige Europa besonders bedauerlich, daß eine der letzten und bedeutungsvollsten Reden Lenins, die er auf dem dritten allrussischen Kongress der Wassertransportarbeiter gehalten (s. Prawda vom 17. Mai 1920) hat, so wenig Beachtung in der kommunistischen wie auch in unserer Presse gefunden hat. Ohne irgendwelche Sätze aus dem Zusammenhang herauszureißen und dadurch etwa eine künstliche Entstellung vorzunehmen, sei kurz ein Teil dieser bedeutungsvollen Rede zitiert. Lenin sagt: „Von den Fragen, die in der Presse und Versammlungen lebhafteste Debatten erregen, ist eine der strittigsten die Frage nach der kollektiven oder der persönlichen Verwaltung. Denke ich an diese Frage, so möchte ich immer sagen: Die Arbeiter haben noch nicht genug von der Bourgeoisie gelernt! Die intelligentesten und reichsten Bourgeoisien sind die englische und die amerikanische — die englische ist noch erfahrener und versteht besser zu regieren —, gibt sie uns nicht Beispiele eines Maximums persönlicher Diktatur, einer maximalen Zigkeit des Regierungsapparates unter voller Beibehaltung der Macht in den Händen der eigenen Klasse. Genossen, ich glaube, wenn ihr an dieses Beispiel denkt, wenn ihr euch an die nicht allzu fern zurückliegenden Zeiten erinnert, da Rußland von Kjabuschinski, Morosow u. a. Kapitalisten beherrscht wurde, und euch vergegenwärtigt, wie sie nach dem Fall des Zarismus und während der Kerenskiregierung es absolut und mit außergewöhnlicher Schnelligkeit verstanden haben, die Farbe zu wechseln, sich irgendwelche neuen Namen beizulegen, irgendwelche formalen Konzessionen zu

machen und trotz alledem die volle Macht in den Händen ihrer Klasse zu behalten — ich glaube, wenn ihr an dieses und das englische Beispiel denkt, so wird euch die Frage der persönlichen Regierung besser als durch noch so viele abstrakte Resolutionen und voreingenommene Theorien verständlich werden. — Die Kollektivmacht soll die Arbeiterregierung bedeuten, das persönliche Regiment dagegen eine arbeitertrennende Regierung. Die Fragestellung selber und die Art der Argumentation beweist, daß uns immer noch ein klarer Klasseninstinkt abgeht. Wir haben aber keine Zeit, ihn erst zu lernen. Wir müssen die Frage nach dem Kollektivregiment konkret stellen und lösen. Ich bin überzeugt, daß sie zur Annahme der Richtlinien gelangen werden, die das Zentralkomitee der Partei ausgegeben hat, und ich hoffe, daß die Anwesenden, die als Wassertransportarbeiter wissen, was Betriebsleitung ist, in einer großen Mehrheit begreifen werden, daß wir unsere Geschäftsteile werden müssen, die die Räte ausschalten und ohne sie walteten.

Die in dieser Rede enthaltene schnelle und kurze Beweisführung Lenins zeigt, daß das von ihm erörterte Problem nicht zum erstenmal in dem angeedeuteten Sinne besprochen wurde, sonst hätte es vielleicht ausführlicher und vorfichtiger Darlegungen bedurft. Der am Anfang der Rede ausgesprochene Grundgedanke, daß das Wesen der bürgerlichen Demokratie in der Tat nichts anderes als die Diktatur einzelner besonders kapitalkräftiger Männer bedeutet — eine Ansicht, die übrigens dieser Tage von Walter Rathenau in einer Rede im Demokratischen Klub unter Kennzeichnung der Scheindemokratie als Plutokratie bezeichnet worden ist —, ist eine altbekannte und nur allzu wahre Argumentation. Bisher aber hat man ihr stets die andre These entgegengestellt, daß an Stelle der Diktatur einzelner Kapitalisten zunächst die Diktatur einer ganzen Klasse, nämlich des Proletariats als der überzogenen Volksmehrheit reden müsse. Als Träger dieser Diktatur, und zwar als so wohl die Diktatur ausübenden als auch die die Diktatur kontrollierenden Organe gelten in der heutigen Diskussion der deutschen Räte-theoretiker noch immer die Arbeiterräte. Diese These stützt nunmehr Lenin in seiner Rede völlig. Er stellt fest, daß die Diktatur des Proletariats als Diktatur einer Klasse lediglich als politische Machtbasis in Frage kommt, daß aber die Ausübung der Macht auch innerhalb der Diktatur des Proletariats des „persönlichen Regiments“ — d. h. der Diktatur einzelner überlassen bleiben muß. Lenin stellt fest, daß die Diktatur einzelner Persönlichkeiten durchaus kein Widerspruch und kein Gegensatz zur politischen Herrschaft des Proletariats als einer Klasse ist, sondern daß beide Dinge sich sehr wohl vereinigen lassen.

Diese These ist im Rahmen der politischen Verhältnisse Russlands ebenso verständlich wie sie gefährlich und grundstützend ändernd ist für die Ideen, die bisher mit der Diktatur des Proletariats verbunden waren.

Die Forderung Lenins nach der Ausschaltung der Arbeiterräte ist nur eine völlig korrekte Konsequenz seiner prinzipiellen Forderungen, aber eine Konsequenz, die bei uns bisher noch nicht in den Diskussionen über die Rätefrage die ihrer Bedeutung entsprechende Rolle gespielt hat. Sobald unsere nach Moskau entsandte Kommission zurückgekehrt ist, wird es die höchste Zeit sein, dieser Frage eingehende und prinzipielle Betrachtungen zu widmen.

Dokumente zum Kapp-Putsch.

Aus der Fortsetzung der Veröffentlichungen der Freiheit aus dem Tagebuch eines stellvertretenden Reichsratsmitgliedes während der Kapptage ist aus dem Protokoll über weitere Sitzungen des Reichsrates hervorzuheben:

Die Debatte über die Verhandlungen mit Lüttich und Genossen war ziemlich ausgezehrt. Unterstaatssekretär Göhre sprach sich aus dem Geßeln der Arbeiter nochmals gegen diese Verhandlungen aus. Sein Genosse Heinrich Schulz ist dagegen von Spartafraktionred besessen, er erklärt, „jede Stunde, die der Umsturz länger dauert, bedingt 10 000 Spartakisten mehr“. Noch weiter ist diese Angst bei dem schon erwähnten preussischen Finanzminister Dr. Siedekum ausgebildet, der sich zu folgenden Ausführungen verweist:

„Bestenfalls hätten die revolutionären Obleute eine Sitzung mit den Kommunisten gehabt. Es seien zwei Strömungen zutage getreten: Die eine sei dafür gewesen, heute abend zum Angriff auf der ganzen Linie gegen das Militär vorzugehen. Die zweite Strömung habe erklärt, sie wolle jetzt nicht in eine Bewegung, die schon im Erstigen sei, eingreifen und dadurch weitere Arbeiterleben verlieren, sondern die Sache durch den Generalkrieg totmachen, aber sie wolle den Zusammentritt der neuen Nationalversammlung im Mai verhindern und dann die Räterepublik ausruhen, denn bis dahin werde das Militär infolge der heutigen Ereignisse völlig zerlegt sein. Man werde mit einer Einigung der beiden Richtungen dahin rechnen müssen, daß man im Mai gegen das neue Parlament vorgehen müsse. Damit werde ein helles Licht auf die Situation geworfen. Wenn die Generäle jetzt nicht noch von ihrem verbrecherischen Vorhaben Abstand nehmen und dadurch noch die Moral in der Truppe erhalten, so würde das die Saat des Kommunismus bei uns reifen lassen.“

Inzwischen waren abermals die Offiziere des Herrn v. Lüttich erschienen und hatten mit den Abgeordneten gesprochen. Unterstaatssekretär Schröder berichtet darüber, die Kommunisten hätten der Regierung Kapp jedoch das Ultimatum gestellt, die Truppen sollten bis 9 Uhr abends aus den Arbeiterbezirken zurückgezogen werden, andernfalls würde eine neue Regierung Däumig und Dr. Cohn ausgerufen werden. General v. Lüttich erklärte, sich nunmehr bereit, für die alte Regierung zu stehen!

Diese Mitteilung rief natürlich große Aufregung hervor. Unterstaatssekretär Heinrich Schulz erklärte indessen, das Angebot des Generals dürfe nicht angenommen werden, die Mehrheitssozialisten könne man jetzt nicht mobil machen, um mit dem bis jetzt als Hochverräter bezeichneten General Lüttich gegen die Unabhängigen zu gehen. Die Führer der Mehrheitssozialisten übernahmen es, noch zu versuchen, die mehrheitssozialistischen Arbeiterführer darüber aufzuklären, daß der in wenigen Stunden bevorstehende Angriff nur von den Unabhängigen unternommen und von den Mehrheitssozialisten nicht unterstützt werde.

Dieser rechtssozialistische Koalitionspolitiker hat also keine grundsätzliche Ablehnung des verbrecherischen Anstehens, die „Mehrheitssozialisten“ gegen die Unabhängigen, das in zwei Teile gespaltene Proletariat gegeneinander aufzuheben und sich zersplittern zu lassen wobei die Rechtssozialisten die noch eben als Reuterer bezeichneten Truppen auf ihrer Seite haben sollen, sondern nur: man könne jetzt nur nicht unter der Führung des Generals v. Lüttich mobil machen und gegen die Unabhängigen kämpfen; grundsätzlich war nichts dagegen einzuwenden, diesen Kampf aufzunehmen. Und weiter: Sollte das Proletariat den bevorstehenden Angriff, der indes nur in den Ränberphantasien des verfallenen Reichsrats besteht, zur Ausführung bringen, dann würden die rechtssozialistischen Regierungsmänner die rechtssozialistischen Arbeiterführer schon dazu pressen, daß die Massen gespalten und die Aktion zum Scheitern gebracht werden. Das Ende wäre ein schäbliches Nulldar unter dem gespaltenen Proletariat gewesen. Kann es einen blühigeren Beweis geben für die Verderblichkeit der Koalitionspolitik, deren ausführende Persönlich-

keiten mit einer so beispiellosen Gewissenlosigkeit das sozialistische Proletariat auf dem Altar der Bourgeoisinteressen opfern wollen? ... General v. Lüttich hat denn auch nicht gegen die Unabhängigen „gekämpft“, aber der damit beauftragte General v. Seekt hat unter den Augen und unter Duldung der Rechtssozialisten das Übrige besorgt. Und nach den Ausführungen von Heinrich Schulz sind die rechtssozialistischen Regierungsvertreter für diese Verbrechen nicht nur moralisch mitverantwortlich, sondern sie kommen als offenbar Mitbeteiligte in Frage.

In der Nacht vom 16. zum 17. März ließen die gegenrevolutionären Offiziere noch einmal ihre Klünste spielen, um die Zivilbevölkerung zum Umsturz zu bringen und für Lüttich den Oberbefehl zu retten. Der damalige preussische Ministerpräsident Hirsch hat am folgenden Vormittag unter dem freilichen Einbruch der Ereignisse darüber berichtet:

Von der Reichsregierung sei der Militärkappp und Lüttich gefordert worden und daß die Armee unter General v. Seekt oder einem anderen General, den die Reichsregierung bestimmt, trete. Da sei die Nachricht von dem sogenannten Ultimatum der Unabhängigen gekommen. Das Militär habe die Sache für sich auszunutzen versucht. Hirsch hielt die ganze Sache mit dem Ultimatum für einen zu diesem Zweck aufgelegten Schwindel. Ein Offizier, der angeblich die Deputation der Unabhängigen empfangen habe, habe nämlich abgelehnt, deren Namen zu nennen. Bis 5 Uhr morgens sei man zusammengesessen. Dauern sollen Reden über das Ansehen der Sozialisten in den einzelnen Vororten gekommen, dann plötzlich die Nachricht, die Lage sei so gefährlich, daß der Wechsel des militärischen Oberbefehlshabers die ganze militärische Lage schwer gefährden könne. Alles das nur, um den General v. Lüttich auch für die Reichsregierung unentbehrlich erscheinen zu lassen.

Am folgenden Tage brach dann das Kappabenteuer unter den Streichen des revolutionären Proletariats zusammen. Kapp dankte ab, „um des inneren Friedens willen“, Lüttich bekam den „Abfchieb“. Daß der Kampf für die Gegenrevolution diese harmlos-friedliche Wendung nahm, ist in erster Linie der ohnmächtigen Reichsregierung zu danken, nicht zuletzt aber auch, wie aus den wichtigsten Punkten des Berichts hervorgeht, den in Berlin noch bestehenden Organen der „verfassungsmäßigen Regierung“, deren ganze Politik darauf angelegt war, mit Kapp zu einer Verständigung zu kommen. Die Rolle, die die Siedekum, Schulz und Sildensbrand dabei spielten, gehört zu dem lehrreichen Kapitel „Koalitionspolitik“, deren verderbliche Folgen während des Kapp-Putsches sich besonders trotz gezeit haben. Vor das Verhalten der damaligen Regierung nämlich über alle Mahnen, so ist das Auftreten der rechtssozialistischen Regierungsmitglieder geradezu als verächtlich zu bezeichnen.

Immer neue'Ablenkungs-Manöver.

Berlin, 20. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Rechtspresse fährt fort mit „Entstellungen über die geheimen Vorbereitungen der „Linksradikalen“. Der Lokalanzeiger behauptet heute morgen, daß auch der Republikanische Führerbund an diesen Bestrebungen beteiligt ist. Auf der andern Seite beteiligten sich die Unabhängigen an der Organisation eines Aufstandes mit offener bolschewistischer Tendenz und beschwornten so neue Anstrich und Bewirung mit der Entente heraus. Ueber die Vorbereitungen will das Blatt folgende Einzelheiten erfahren haben:

„Die illegalen Kampforganisationen hatten an verschiedenen Stellen Groß-Berlins regelrechte militärische Übungen abgehalten.“ Der Lokalanzeiger muß zugeben, daß es sich dabei um Übungen der Arbeiterport-Klubs gehandelt hat, und daß für die Behörde kein Grund zum Einschreiten vorlag, da die Sportklubs keine Waffen im Besitze hätten.“ Der Lokalanzeiger wärmt all dieses Material im Zusammenhang mit den sogenannten Entstellungen über die Vorgänge in Hamburg von neuem auf. Es ist wahrscheinlich, daß auch bei diesen Entstellungen der Staatskommissar für öffentliche Ordnung, der seine Spitzelberichte stets der Rechtspresse zur Verfügung stellt, beteiligt ist.

Die Rechtspresse verschweigt natürlich die wirklichen Putschvorbereitungen der Reaktionäre. Es genügt sie nicht im geringsten, daß die Arbeiter noch keine Waffen gefunden wurden, wohl aber auf den Gütern der Junker daß die Aufstellungen der Pläne der Rechtssozialisten stets mit Dokumenten und genauen Einzelangaben belegt sind, während die Schwindbelesen über geplante Linksputsche nie über romanhafte Allgemeinheiten hinausgehen. Die Leipziger Neuesten Nachrichten bringen heute natürlich den gestern schon von uns gekennzeichneten Hamburger Schwindel, werden aber den Befehl des Hauptmanns Wessler ebenso gewissenhaft ihren Lesern unterzulegen, wie alles ähnliche Material, was wir in den letzten Wochen brachten. Das Blatt ist meist zu feig, offen seine wahre Meinung zu sagen, aber es hat immer den Mut, unbecuene Tatsachen totzuschweigen.

Einen hübschen Beitrag zur Charakterisierung der frechen Spitzel-Schwindbelesen, die jetzt seit Wochen fast alltäglich über „Linksputsch-Pläne“ verbreitet werden, liefert der folgende Fall:

Zwei Braunschweiger Tageszeitungen (Landeszeitung und Allgemeiner Anzeiger, beide weit rechts stehend), wußten kürzlich von der Festnahme eines „Kurlers der Roten Armee“ in Halle zu berichten, dem eine Liste mit der ganzen Armee-Einteilung (Braunschweig bildete sogar eine Armeegruppe für sich) abgenommen sein sollte. Die Regierung hielt es für ihre Pflicht, eine Anfrage an die Polizeiverwaltung Halle zu richten. Die Antwort ist nunmehr eingetroffen. Der Polizeiverwaltung Halle ist von der Festnahme eines Kurlers der Roten Armee überhaupt nichts bekannt. Auch das wird die Rechtspresse ihren Lesern unterzulegen!

Der Vormarsch der Bolschewisten.

Kopenhagen, 20. Juli. Der Vormarsch der Bolschewisten an fast allen Frontstellen ist in weiterem nichts gehemmten Lauf. Er vollzieht sich an der Nordfront über eine tägliche Geschwindigkeit von 20 bis 30 Kilometer. Am Sonntag ist Lida (Gouvernement Wilna) gefallen. Die Einnahme von Molodetschno (Gouvernement Minsk), das am Dienstag voriger Woche fiel, bedeutet einen Vormarsch von 150 Kilometer auf Warschau. Die Streitkräfte von Minsk begannen bereits mit dem Sturm von Nowogrod, südlich davon geht der Vormarsch auf Baranowitsch und weiter bis an den Dniestr-Kanal, wo sich noch alte deutsche Stellungen befinden. Im Süden gehen die Russen gegen Kamenez-Podolsk vor, die Grenze von Ostgalizien ist aber noch nicht überschritten. An der Mittelfront steht ein großer Angriff gegen Kowel bevor.

Reuter-Meldungen vom 19. Juli aus Warschau besagen: Die polnische Armee hat sich nach heftigen Rückzugsgezeiten mit den Bolschewisten westlich der Linie Wilna-Grodno-Bialystok zurückgezogen. Die Bolschewisten marschieren auf Suwalki. Um die Festung Lubno wird schwer gekämpft. Die Festung

ist augenblicklich durch einen Gegenangriff in die Hände der Polen gelangt.

Die Bolschewisten dringen an beinahe sämtlichen Stellen der Front unaufhaltsam vor.

Brest-Litowk von den Russen genommen.

Ein Moskauer Funkpruch, den die Londoner Morningpost unterm 19. Juli bringt, meldet die Einnahme von Brest-Litowk durch die Bolschewisten.

Polen nimmt die Waffenstillstandsbedingungen an.

Paris, 19. Juli. (T.-U.) Petit Parisien meldet, daß die Polen, die von Lloyd George aufgestellten Waffenstillstandsbedingungen angeht, die ersten Tage an der Front angenommen haben. Die Regierung von Warschau brachte den Alliierten diese Entscheidung zur Kenntnis.

London, 19. Juli. Daily Telegraph glaubt zu wissen, daß England von Sowjetrußland auf den englischen Vorschlag betreffend einen russisch-polnischen Frieden eine Antwort erhalten hat. In dieser Antwort, die ziemlich umfangreich sein soll, soll gesagt sein, daß Rußland keiner Nation das Recht einräume, zwischen der Sowjetregierung und Polen zu intervenieren. Die Sowjetregierung werde aber auf einen Waffenstillstand mit Polen eingehen, wenn Polen ihn verlangt, denn Rußland wolle den Frieden.

Forderung der Arbeiter auf Rücktritt der Regierung

Breslau, 20. Juli. Wie aus Warschau gemeldet wird, haben die polnischen sozialdemokratischen Delegierten und der Arbeiterdelegiertenrat in einer gemeinsamen Versammlung den Rücktritt der Regierung Stabek und die Einsetzung einer Arbeiter- und Bauernregierung verlangt.

Die englisch-russischen Verhandlungen.

London, 19. Juli. Wie Daily Telegraph aus Kopenhagen meldet, ist ein britisches Torpedoboot in Reval eingetroffen, das Mitglieder der russischen Delegation, bestehend aus Krassin, Kohan und Korgin nach England bringen soll.

Informationen aus guter Quelle zufolge soll die russische Regierung in verschiedenen Staatsbanken ungefähr 25 Millionen Rubel in Gold hinterlegt haben. Diese Summe soll zur Bezahlung der Waren bestimmt sein, die Großbritannien Rußland liefern wird.

Fortgesetzte nationalistische Hege.

Berlin, 20. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Berliner Sicherheitspolizei beginnt hinter den Kulissen und auf Schleichwegen eine neue Hege. Der Fall der Verletzung der französischen Fahne auf der Wochenschau am Pariser Platz soll nicht zur Ruhe kommen. Es wird behauptet, daß der Abteilungsleiter der Sicherheitspolizei, Major Haupt, ohne Vernehmung schuldig entlassen worden sei, weil er das Herabholen der Fahne vom Dache der Wochenschau nicht verhindert habe. Man versucht nun, Unruhe mit dieser Behauptung in die Presse zu tragen und auch unter der Sicherheitspolizei Unstimmigkeiten zu erzielen. Es soll durch eine Reihe von Augenzeugen bekundet werden, daß die bedauerlichen Ausschreitungen nur durch das herausfordernde Benehmen von drei französischen Matrosen veranlaßt worden sei. Das Material wird zur Zeit gesammelt und soll den Parlamentariern vorgestellt werden, um es im Reichstag zur Sprache zu bringen. Die rechtsstehende Presse gibt sich selbstverständlich für diese neue Hege, aus der neue internationale Konflikte entstehen können, mit großer Bereitwilligkeit her.

Paris, 19. Juli. (T.-U.) In Paris wird die Tatsache, daß die deutsche Reichswehrkompanie, die an der französischen Fahne auf dem Wochenschauerpavillon zu Berlin vorbeimarschieren mußte, beim Abziehen Deutschland, Deutschland über alles sang, für ernster gehalten, als der Zwischenfall vom 14. Juli selbst, dem das Publikum keine große Bedeutung beigemessen hat.

Der Konflikt zwischen Italien und Jugoslawien.

Berlin, 20. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der Konflikt nimmt immer schärfere Formen an und gewinnt an Ausdehnung. An der Grenze hat bereits ein serbisch-italienischer Zwischenfall stattgefunden. Allerdings hat es sich nach Mitteilungen des Richterstaters der Idea Nazionale nur um den Wechsel einiger Kinder Schüsse zwischen den Vorposten gehandelt. Diese gewinnen jedoch Bedeutung im Zusammenhang mit einer Sendung von zwei Waggons Dynamit und Munition von Laibach nach Triest. Als Empfänger war der Besitzer des Hotels Balkan in Triest angegeben, das vor einigen Tagen von den Italienern verunfallt worden ist. Der Korrespondent erinnert an die häufigen Drohungen, daß Jugoslawien aus Triest einen Trümmerschaufenster machen werde, wenn die Stadt italienisch werde. In romanhafter Schilderung wird weiter berichtet, daß man in Triest aus den Ruinen des Hotels Balkan einen Plan über dieses Hotel gezogen habe, in welchem geheime Gänge und Munitionskammern eingezeichnet waren.

Die deutsche Regierung gegen den Boykott Ungarns.

Der Wiener Arbeiterrat hat einige Waggons ungarischer Obstes, die für Deutschland bestimmt waren, gegen seiner Verpflüchtigung, den Boykott gegen Ungarn durchzuführen, in Wien angehalten und, damit das Obst nicht verdirbt, es an die Wiener Bevölkerung zur Verteilung gebracht. Die deutsche Regierung, die sich um den Boykott nicht kümmert, hat darauf eine diplomatische Beschwerde über das Anhalten des Zuges an die Regierung in Wien gerichtet. Wie die Neue Freie Presse erfährt, erwiderte die österreichische Regierung, daß der ganze Boykott gegen Ungarn und seine Einstellung und Durchführung der Einfluss der österreichischen Regierung entrukt sei.

Der Wiener Arbeiterrat tut seine Pflicht, wenn er Sendungen aus Ungarn anhält. Die deutschen Klassenbewußten Arbeiter wissen das und richten sich danach, so unangenehm auch das Ausbleiben des Obstes ist. Das muß ertragen werden, um den furchtbar leidenden Arbeitern Ungarns zu Hilfe zu kommen. Der Schritt der deutschen Regierung muß von den deutschen Arbeitern als eine arbeitertrennende Handlung empfunden werden, die ihren härtesten Protest herausfordert.

Inferationale Spigelei.

Die Die Duvriere bringt aufsehenerregende Mitteilungen über ein Mitglied der Amerikanischen Kommunistischen Partei, das sowohl in der amerikanischen wie auch in der europäischen Parteipolitik eine nicht unbeträchtliche Rolle gespielt hat. Louis C. Fraina war einer der bekanntesten Führer der amerikanischen Kommunisten, er nahm später auch lebhaften Anteil an der Amsterdamer kommunistischen Konferenz, und wenn wir uns recht erinnern, war er auch häufiger Mitarbeiter des Glasgower kommunistischen Organs The Socialist. Jetzt stellt nun Die Duvriere fest, daß Fraina ein amerikanischer oder besser gesagt ein internationaler Polizeispion ist, vor dem nicht eindringlich genug gewarnt werden kann.

Mit Frainas Hilfe ist es dem Justizminister der Vereinigten Staaten gelungen, 5000 Mitglieder der kommunistischen Partei zur Deportation zu verurteilen und die Bewegung schwer zu schädigen. Fraina wurde der Boden in Amerika etwas zu heiß, er wollte seine Wirksamkeit nach Europa verlegen. Von dem Leiter des russischen Sowjetbüros in New York, Martens, erbat und erhielt er Empfehlungsschreiben für Rußland und Informationen über die Reisemöglichkeiten nach Rußland, die natürlich nach wenigen Tagen in den Händen der amerikanischen Polizei waren. In Europa angelangt, nahm er als internationaler Sekretär an zahlreichen kommunistischen Konferenzen teil. Auf der Amsterdamer Geheimekonferenz brachte er eine Anzahl Resolutionen ein. Dort schloß er zusammen mit einem in Amerika sehr bekannten Polizeispion Dr. Kosowizky, der nur auf seine Frainas — Bürgerhaft hin zugelassen wurde. Der holländische Kommunist Rutgers gab Kosowizky ein Schreiben an Martens mit, das selbstredend in die Hände des amerikanischen Justizministers gelangte. Die Amsterdamer Konferenz fand ein vorzeitiges Ende. Manche Tatsachen wurden in der Öffentlichkeit bekannt, und es war klar, daß dies nur durch Spionage geschehen sein konnte.

Fraina hat aber offenbar auch der französischen Regierung Material geliefert. Die Die Duvriere ist sehr überzeugt, daß auf seine Veranlassung die politische Verfolgung Loriot's und anderer französischer Genossen zurückzuführen ist. Wie bei allen Spiegeln ist auch bei Fraina bemerkenswert, daß er sich als der radikalste unter den Sozialisten geberdet. Er vertrat jene Auffassungen und lehnte sie auch durch, die zum Bruch der dritten Internationale mit dem Amsterdamer Bureau führten.

Es ist nicht bekannt, wo Fraina sich gegenwärtig aufhält. Man kann nicht dringend genug vor diesem schurkischen, wahrhaft internationalen Polizeispion warnen.

Das ist kein Landesverrat?

Aus Halle wird geschrieben:

Eins der bestbelegten Argumente der bürgerlichen und sozialistischen Presse gegen die U.S.P. ist der vom Reichslügenverband festigen Angebots des übernommenen Entwurfs, unsere Haltung in dieser oder jener Frage unterstütze die Politik der ausländischen „Feinde“, sei also Landesverrat. Welche Gebrauche wurde seinerzeit wegen des Falles Braß gemacht, von dem man jetzt allerdings nichts mehr hört? Daß aber die kapitalistisch orientierten Kreise sich noch nicht geschämt haben, die Interessen des Landes preiszugeben, wenn es ihrem Profit nützte und wenn sie dadurch der verhassten Arbeiterklasse ein ausweichen konnten, darauf wird von der Arbeiterklasse selbst noch gar nicht das geringste Gewicht gelegt.

Ein ganz krasser Fall dieser Art hat sich dieser Tage in Halle a. S. abgespielt, der auch durch die Person, um die es sich handelt, von besonderem Interesse ist. Durch einen Zufall fiel unserem dortigen Parteiblatt ein Telegramm in die Hände, das der berühmte Philosoph Professor Hans Baehinger, der Begründer der Lehre des „als ob“, mitten in den ungeheuer wichtigen Verhandlungen zu Spa an den englischen Premier Lloyd George geschickt hat. Dieser Philosoph, der lieber nicht in die Politik pfuschen sollte, telegraphierte wörtlich:

„Verlangen Sie von Deutschland erhöhte Arbeitszeit und Akkordarbeit. Beim jetzigen Arbeitssystem kann Deutschland nicht genug Werte, besonders Kohle, für Frankreich und die anderen Länder liefern. Der Widerstand gegen diese Reformen in Deutschland läßt sich nur überwinden durch klaren und festen Willen der Arbeiter.“

Im selben Augenblick, wo vielleicht einzig und allein die feste Haltung der deutschen Bergarbeiter einen Schußwaff gegen die Raubgier des Entente-Imperialismus bedeutet, wagt ein Mann, der immerhin zu den Spitzen des deutschen Geisteslebens gerechnet wurde, die Arbeiter zu Maßnahmen gegen den Akkordentwurf aufzufordern. Das hat noch nicht einmal Stinnes in dieser ungläublichen Form fertiggebracht. Die deutschen Professoren scheinen es darauf anzulegen, den Ruf, den die Kundgebung der berückeligen 93 — „Es ist nicht wahr!“ — während des Krieges ihnen verschafft hat, durch ihre bornierten Vorkämpfe immer wieder zu rechtfertigen.

Wolksparatelle Indiskretionen.

Die Verhandlungen des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten sind bei uns nicht vertraulich. Es ist den Abgeordneten nicht gestattet, in der Öffentlichkeit darüber Mitteilungen zu machen. In letzter Zeit ist es nun mehrfach vorgekommen, daß diese Vertraulichkeit sowohl durch die Regierung als durch Ausschußmitglieder der Rechtsparteien durchbrochen worden ist. Die Regierung hat zu ganz bestimmten Agitationszwecken bei der Beratung der Entwaffnungsforderungen im Ausschuß für Auswärtiges eine absolut einseitige Darstellung der Verhandlungen unter Bruch der Vertraulichkeit gegeben. Sie war zu dieser Veröffentlichung in keiner Weise berechtigt. Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten und der Reichstag selber werden sich entschließen müssen, ernsthaft die Frage zu prüfen, inwieweit die Regierung berechtigt ist, über Verhandlungen, die in den Parliamentsausschüssen als vertraulich behandelt werden, ihrerseits Berichte zu veröffentlichen. Eine neue Durchbrechung der Vertraulichkeit haben sich die dem Lokal-Anzeiger nahestehenden Abgeordneten der Deutschen Volkspartei zuschulden kommen lassen, so daß der Lokal-Anzeiger in der Lage war, einen Bericht über die vertraulichen Verhandlungen des Ausschusses zu veröffentlichen. Auch mit diesem Fall des Bruchs der Vertraulichkeit wird der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten sich noch zu beschäftigen haben. Bemerkenswert ist es aber schon jetzt, daß diejenigen Parteien, die der Überzeugung sind, daß sie allein das nationale Interesse des deutschen Volkes vertreten, sich nicht scheuen, Verhandlungen, die im nationalen Interesse als vertraulich erklärt worden sind, der Öffentlichkeit bekanntzugeben, wenn dies gerade ihrem Agitationsbedürfnis entspricht.

Verlagung der Wiedergutmachungsfrage bis August.

Berlin, 19. Juli. Die Genfer Konferenz über die Wiedergutmachungsfrage wird etwa Mitte August zusammenzutreten. An der Konferenz werden nicht wie in Spa die Chefs der beteiligten Staaten zusammentreten, sondern nur zwei bis drei Finanzfachverständige von jedem Staat. Diese Sachverständigen können auch Finanzminister der betreffenden Staaten sein. Als Grundlage der Konferenz werden die deutschen Denkschriften über die Wiedergutmachung, die von Minister Dr. Simons in Spa überreicht wurden, dienen. Die Denkschriften wurden in Spa übereinstimmend als Gegenstand der Genfer Verhandlungen festgesetzt.

Das Programm der sozialistischen Regierung Braunschweigs.

In der Braunschweiger Landesversammlung leitete am Freitag Minister Dörner die Beratungen des Staatshaushalts durch eine programmatische Erklärung ein, nach welcher das Staatsministerium sich zur sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung bekennt. Es wird im Rahmen der Verfassung und Gesetzgebung des Reiches im Freistaat Braunschweig auf dem verfassungsmäßigen Wege folgende Aufgaben zu lösen versuchen:

Die Umwandlung der Einwohnerwehren, der Sicherheitspolizei und der Polizeiorgane zu Einrichtungen zum Schutze des Freistaates und des ganzen Volkes, Befestigung der bürokratischen Staatsverwaltung und der bürokratischen Verwaltung in Gemeinde und Kreis, Übernahme der Verwaltung durch das Volk selbst, Umgestaltung der Stadt-, Gemeinde- und Kreisordnung und Ausbau der Gemeinde- und Kreisvertretungen zu vollen Selbstverwaltungsorganen, die zugleich Wirtschaftskörper werden, Ausschaltung aller persönlichen und kapitalistischen Interessen bei der Bewertung und Ausnützung der Staatsländereien, Forsten, Bergwerke usw., Erwerb der in Braunschweig gelegenen Kohlenbergwerke für die Allgemeinheit, ebenso der Kaliwerke, ferner der Elektrizitätswerke, industrieller Betriebe und Verkehrsanstalten, gezielte Regelung des Wohnungswesens durch den Staat, Sicherung der Ernährung des Volkes durch Regelung des Anbaues der landwirtschaftlichen Produkte und der Viehhaltung für die Bedürfnisse der Allgemeinheit, Abieferungspflicht aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse an Gemeinde und Kreis, Durchführung der Trennung von Kirche und Staat nach den Richtlinien des Reiches, Schaffung einer Staats- und Einheitschule, Befestigung der Klassenjustiz, vorbildliche Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Staatsbetrieben, staatliche Regelung des gesamten Wohlfahrtswesens, der Armenpflege und des Gesundheitswesens.

Der Vorwärts knüpft an die Wiedergabe dieses Programms folgende Erläuterung:

In Braunschweig regieren die beiden sozialistischen Parteien zusammen. Ohne die richtige Abstimmungspolitik der Unabhängigen könnten wir für das Reich eine Regierung mit ähnlichem Programm haben.

Gegenüber diesem lächerlichen Versuch, die U.S.P. für die Unmöglichkeit einer sozialistischen Reichsregierung verantwortlich zu machen, genügt es vollständig, auf das vertrauliche Rundschreiben des unabhängigen Parteivorstands an die rechtssozialistischen Sekretäre und Redakteure vom 9. Juni zur Frage der Regierungsbildung hinzuweisen, in dem es heißt:

Wir rechnen damit, daß diese Regierung der Rechtsparteien zustande kommen wird. Uns aber kann eine derartige Regierung im Augenblick nur erwünscht sein, denn die Verhandlungen in Spa werden der deutschen Republik und dem deutschen Volke schwere Kräfte auferlegen. Wir haben alles daran zu setzen, daß die Repräsentanten der Rechtsparteien die Verhandlungen in Spa führen und die Anordnungen der Entente auf sich nehmen. Dann müssen sie die Entlassung der Armee herbeiführen, die ihnen diese Armee, auf die sie alle ihre Hoffnungen setzen, zum schärfsten Feinde machen wird. So ist die Befestigung, daß eine Rechtsregierung die bewaffnete Macht zur völligen freien Verfügung haben wird, durchaus unbegründet. Ein Grund zur besonderen Befestigung ist mit der Übernahme der Regierung durch die Rechtsparteien unter diesem Gesichtspunkte nicht abzuleiten.

Von dieser Anschauung der rechtssozialistischen Parteileitung haben freilich der Vorwärts und die übrige rechtssozialistische Presse ihren Lesern nichts mitgeteilt. Sie würden ja dann auch stutzig werden über das Geschrei gegen die Abstimmungspolitik der Unabhängigen, die in ihrer krankhaften Furcht vor Ministerselein sie selbst nicht einmal mit Rechtssozialisten teilen wollen!

Wahlterror in Ungarn.

Ungarische Blätter melden:

Gegenwärtig sind die Wahlen für die Gemeindevertretung der Hauptstadt Budapest im Gange. Die Wahlagitation der nationaldemokratischen Partei wurde durch Gewaltakte der Offiziere und der „erwachenden Magnaten“ fortgesetzt gestört. Die meisten Wahlversammlungen der Demokraten wurden gesprengt und die Teilnehmer blutig verprügelt. In einer Wahlversammlung gingen Offiziere mit geladenen Säbeln und die „erwachenden Magnaten“ mit Pistolen auf die Wähler los. Zahlreiche Personen wurden verletzt, unter ihnen der hauptstädtische Advokat Dr. Marcell Haldu schwer. Er liegt mit ernstlichen Verletzungen an der Hand, am Fuß und an der Brust in einem Sanatorium.

Weicht er mutig zurück?

Der Minister für Kunst und Wissenschaft in Preußen nämlich, Herr Konrad Haenisch? Das Wolffsche Bureau bringt von zuständiger Seite — wer kann dies anders sein, als der Minister selbst — eine Meldung, wonach sich die ehrbare Marburger Mörderzunft und ihre Beschützer beim preußischen Wissenschafts- und Bildungsminister wegen Äußerungen beschwerten, die dieser über die untadeligen Marburger Studenten getan hat. Der Herr Minister hat nun um beschleunigte Einsetzung der Gerichtsakten erjucht, damit, wenn die nachmalige Prüfung ein verändertes Bild ergäbe, der Minister dem Umstände Rechnung tragen könnte. Auf gut deutsch also, er wird vor den Marburger Arbeitermördern Kotau machen. Auch ein liebtliches Bildchen aus der neudeutschen Republik!

Deutschland.

Eine Verhaftung im polnischen Korridor. Nach einer Meldung des Dziennik Gdanstki wurde auf dem Bahnhof in Dirschau der Hauptmann v. Massenbach von den Polen verhaftet. v. Massenbach ist der ehemalige Grenzschutzkommandeur. Ueber

die Gründe seiner Verhaftung ist in dem polnischen Blatt nichts mitgeteilt. Sie erfolgte, als v. Massenbach sein Absteig des Königsberg-Dirschauer D-Zuges verließ und den Bahnsteig Dirschau betrat.

Große Zunderchiebungen. In Hamburg ist man einem umfangreichen Handel mit gefälschten Zunderbezugscheinigen auf die Spur gekommen. Als Verkäufer wurde ein Bonnhändler in Wandshafen ermittelt, der alle Scheine von Angestellten der Zunderbezugsstelle Würzburg erhalten zu haben vorzählt. Er hat sie mit einem Verdienst von 200 Mark für den Schein abgelehrt. Die Käufer haben große Mengen von einem hiesigen Großhändler, der die Fälschung der Scheine nicht erkannte, abgehoben.

Ein Schulkreis ist in Buer (Westfalen) ausgebrochen. Sozialdemokratische Eltern protestieren gegen die Verletzung eines sozialistischen Lehrers und fordern die Einleitung von freizeitlehrenden Schulklassen. Es streiken 4000 Kinder.

Eine polnische Bande in Oberschlesien. Donnerstagsmorgen besetzte, wie die Oberschlesische Zeitung meldet, eine polnische Bande von etwa 30 Mann, sämtlich mit Gewehren bewaffnet, den Bahnhof Smelna (Kreis Biele). Alle in Richtung Katowick fahrenden Züge wurden gestoppt, die Station ohne Aufsicht von den Banden verlassen. Wie das Polizeiamt Katowick mitteilt, hat sich die Bande inzwischen wieder entfernt.

Frankfurter Justiz im besetzten Gebiet. Das französische Volksgesetz in der Provinz neuere Verordnungen des Reichs, die die Rechte der Provinzverwaltung betreffen, sind am 10. Juli in Kraft getreten. Die Provinzverwaltung hat diese Verordnungen in der Provinz durchzuführen. Die Provinzverwaltung hat diese Verordnungen in der Provinz durchzuführen. Die Provinzverwaltung hat diese Verordnungen in der Provinz durchzuführen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Der Sommerfreizug in Ost- und Böhmen.

Reichsherrn (Wähmen), 10. Juli. In der Stadt und im Bezirk ist der Generalstreik proklamiert worden. Nur die Lebensmittelläden sind geöffnet. Die elektrische Straßenbahn hat den Verkehr eingestellt. Die Eisenbahnen werden heute normiert, darüber beschließen, ob sie sich dem Generalstreik anschließen sollen. Die Arbeiterklasse hat verschiedene Forderungen aufgestellt, darunter die auf Entlassung von Vertretern der verschiedenen Ministere zu Verhandlungen mit der Arbeiterklasse über die Ernährungsfragen.

Den in Reichsherrn, Gablonz und Imaehuna streikenden deutschen Arbeitern haben sich ihre tschechischen Kameraden angeschlossen, weil sie durch die manuelle Versorgung der tschechischen Arbeiterklasse gefährdet sind. Die Arbeiterklasse hat beschlossene Unterhändler nach Reichsherrn abgelehnt. Heute veröffentlichte sie einen Ernährungsaufruf, dem zufolge die tschechische Arbeiterklasse in einer Woche gehoben sein wird, denn die Ernte sei in vollem Gange und verlohne sich sehr gut zu werden. Anschließend hat sich die Tschech-Slowakei von Österreich 1000 Mann amerikanisches Mehl vorstrecken lassen, die über die nächsten Tage hinwegstellen. (Frankf. Ztg.)

Ende der italienischen Besetzung in Oesterreich.

Wien, 17. Juli. Die italienische hat der österreichischen Regierung zur Kenntnis gebracht, daß mit dem Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden über den Frieden von St. Germain die militärische Besetzung von Gebieten innerhalb Oesterreichs durch italienische Truppen ihr Ende gefunden hat.

Streikbewegung in Italien.

Milano, 17. Juli. Corriere della Sera teilt mit, daß die Unruhen in Triest einen Schaden von mehreren Millionen verursacht hätten. Wegen schwerer Zusammenstöße in Pankale in der Provinz Umbria sei jetzt in der ganzen Provinz der Generalstreik erklärt worden. In Rom streiken seit einigen Tagen die Straßenbahnen.

Gegen den tschechischen Militarismus. Die Brauer Deutsche Nachrichtenstelle berichtet über eine Sitzung des deutsch-parlamentarischen Verbandes, der die Abschaffung des tschechischen Heeres und die Einführung eines territorialen Militärsystems zur Aufrichtung der Ruhe verlangt.

Der britische Polizeichef von Irland, Smyth, ist in Cork erschossen worden. Der Landeshauptmann Gray wurde lebensgefährlich verwundet. Die Tat verübten 14 Männer, die in das Gebäude eindrangen.

Nach einer Londoner Meldung wurde in der Nacht zum Sonntagabend der Postzug West-London der Nacht zum Sonntagabend von 100 bewaffneten maskierten Männern angehalten und dabei die militärische Post geraubt. Bei Burton Port ereignete sich ein ähnlicher Fall.

Der Führer der russischen Armee, die Sowjetregierung bemerkt in einem amtlichen Rundschreiben die in der ausländischen Presse verbreitete Nachricht, daß General Brussilow Oberkommandierender an der polnischen Front wäre, Oberkommandierender an der Westfront sei Tukatschewsky, der in der kaiserlichen Armee Leutnant war.

Amerikanische Kohle für Frankreich. Nach Meldungen aus Marleille sind in den letzten zwei Tagen rund 10000 Tonnen Kohle aus Amerika eingetroffen. Mehrere amerikanische Kohlenminerale liegen augenblicklich in französischen Häfen.

Wilson für Cox. Nach einer einstündigen Konferenz mit dem demokratischen Präsidentschaftskandidaten Gouverneur Cox erklärte Wilson, er habe ersehen, daß Cox und er bezüglich des Vorkrieges die gleichen Ansichten hätten. Die Partei werde Cox in voller Einigkeit bei seinem Kampfe für die Ehre der Nation und die Sicherung des Weltfriedens unterstützen.

Bolschewistische Einwirkung in Armenien. Sodas meldet aus Teheran vom 19. Juli: Da die armenische Regierung dem Ultimatum der Moskauer Regierung keine Folge gegeben hat, so hat die bolschewistische erste Armee den Befehl erhalten, vorzurücken. Sie hat bereits die Provinz Karabag besetzt. Das Ziel dieser Operation ist die Vereinigung mit den nationalistischen Streitkräften Mukata Rabemals.

Ein Kongreß asiatischer Kommunisten. Das Exekutivkomitee der dritten Internationale, dem die Sowjetregierung die allgemeine Propaganda übertragen hat, hat die Vertreter des Proletariats von Persien, Armenien und der Türkei auf den 15. August d. J. zu einem Kongreß nach Baku eingeladen. Die Kämpfe in Mexiko. Nach einer Reutersmeldung aus Mexiko teilt das Kriegsministerium mit, daß die revolutionären Generale Gonzalez, Garin und Santos bei Monterrey gefangen genommen wurden. Das Ministerium hält Gonzalez für den gefährlichsten Führer bei den Aufständen im Norden. Er war früher Präsidentschaftskandidat.

Von Nah und Fern.

Erdbeben in Kalifornien. Amsterdam, 19. Juli. Nach Blättermeldungen aus Los Angeles (Kalifornien) erfolgte dort am 18. Juli um 10 Uhr vormittags ein schwerer Erdstoß. Eine Anzahl von Personen wurde verletzt.

Verantwortlich ist die redaktionelle Zeit: Georg Rast in Leipzig. Verantwortlich für den Anzeigenstell: Friedrich Willer, Postfach Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Anzeigenverlag, Mittelstraße 11, Leipzig.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos
Kukirol 100000 fach bewährt
- Preis M. 2,50 -
In Apotheken u. Drogerien erhältlich
König Salomo-Apotheke, Grimmaische Strasse
Diese Nummer umfasst 8 Seiten.

Mittliche Bekanntmachungen.

Dem Polizeiamt gehen Mitteilungen zu, daß von verfassungswidrigen Elementen Verbände gebildet werden oder solche trotz Aufkündigung der Auflösung insgeheim aufrecht erhalten werden, daß auch von solchen Verbänden unter vorweislichem Deckmantel Märche oder Übungen veranstaltet werden.

Da es einem großen Teile der Bevölkerung nicht bekannt zu sein scheint, so wird hiermit ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920, § 1 Abs. 2, mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bestraft werden kann, wer es unternimmt, ohne Genehmigung der zuständigen Dienststellen Personen zu solchen Verbänden aufzusuchen, oder wer an solchen Verbänden teilnimmt. Insbesondere wird darauf aufmerksam gemacht, daß es nach der Verordnung ohne Einfluß ist, ob

die Beteiligten bei den Übungen Waffen mit sich führen oder nicht, und daß die Polizeibehörden angewiesen worden sind, gegen derartige Verbände auf das entschiedenste einzuschreiten und das Strafverfahren einzuleiten. Jedermann wird daher in seinem eigenen Interesse gewarnt, sich an derartigen Veranstaltungen zu beteiligen. W. N. I. 1015. Leipzig, den 17. Juli 1920. Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Einstellung der Vollmilchlieferung an Versorgungsberechtigte über 65 Jahre.
Der Kopf der blauen Sonderlebensmittelliste für über 65 Jahre alte Versorgungsberechtigte, Reihe B, darf vom 20. Juli 1920 an wegen Rückgangs in der Milchzufuhr nicht mehr beliefert werden. Die Bekanntmachungen vom 12. und 17. Juli werden aufgehoben. Leipzig, am 19. Juli 1920. Ern.-A. II. Der Rat der Stadt Leipzig.

U. S. P. D. Gross-Leipzig.

Mitt-Leipzig, Mittwoch, den 21. Juli, Kinder-Ausflug nach Großschöder, Restaurant Frohsburg. Treffpunkt der Kinder um 1/2 Uhr auf der Wiese am Schleußiger Wee. Abmarsch pünktlich um 2 Uhr. Mitgebrachte oder Karten sind mitzubringen. Die Spielleitung.

Mitt-Leipzig, Bezirk Norden, Mittwoch, den 21. Juli, abends 1/8 Uhr, Versammlung im Restaurant zum Appelbaum, Berliner Straße 34. Tagesordn.: 1. Die Verhandlungen in Spa. Referent: Gen. E. Krahnor, Leipzig. 2. Parteiangelegenheiten. Die gegenwärtige Zeit und das obige Thema erfordern einen zahlreichen Besuch dieser Versammlung. Die Bezirksvertreter.

Gohlis, Sonnabend, den 24. Juli, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Brauerei-Ausgang Nida. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die politische Situation. Referent: Redakteur Gen. Heinrich Fleissner. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Um zahlreichen Erscheinen bittet Der Vorstand.

Blagwitz-Lindenau-Schleußig, Mittwoch, den 21. Juli, Ausflug für Kinder nach dem Bienen. Abmarsch früh 7 Uhr von der Schafwiese. Esportrat für den ganzen Tag ist mitzubringen. Weitere Veranstaltungen während der Ferien werden noch bekanntgegeben. Die Bibliothek ist während der Ferien Mittwoch nachmittags geschlossen. Der Vorstand.

Sommerfeld-Engelsdorf-Baalsdorf, Mittwoch, den 21. Juli, Kinderausflug nach Grassdorf, Palernen und Trinkschale mitzubringen. Der Bildungsausschuss.

In 1 Stunde vertilgen Käse Kopf, Füllsauce und Kleber, auch Fische samt Brut (Nissen), bei Menschen und Tieren mit „Eukoida“ für Wunden unschädlich. Vert.: Schletterstraße 12, Go., Neuhäuser Dalkische Str. 57, Pl., Jolepstr. 17, 1*

Abonnenten berücksichtigen bei Euren Einkäufen die Interessen der Leipziger Volkszeitung.

Bauarbeiter-Verband

Telephon: 8078. Bezirksverein Leipzig. Telephon: 8078. Bureau: Gerberstraße 1, III (Hotel Victoria), Zimmer 25-27. Gedruckt von 9-1 und 4-1/2 Uhr, Sonnabends von 8-1 Uhr.

Achtung, Baudelegierte Donnerstag, den 22. Juli, abends 1/8 Uhr **Sitzung im Volkshaus.** Der Vorstand.

Heraus aus der Kirche!

Dieser Ruf ist kein Schlagwort, keine Modestrift, wie es von gewisser Seite hingestellt wird, sondern eine ernste Mahnung an jeden Massenbewußten, konsequenten Sozialisten, der es ernst mit sich und seiner Überzeugung meint, darum besuche jeder Parteigenosse und jede Genossin, jeder, der sich davon überzeugen will, folgende

Kirchenaustritts-Versammlungen:

Baunsdorf Mittwoch, den 21. Juli, abends 1/8 Uhr, im Alten Gasthof. Thema: Christentum oder Freidenkertum? Referent: Genosse Th. Rater.

Q.-West (Lindenau, Blagwitz, Schleußig, Kleinschöcher) Donnerstag, 22. Juli, abds. 1/8 Uhr, in den Westendhallen, Plaw. Thema: Kirchenaustritt u. proletar. Freidenkertum. Referent: Genosse Karl Weib.

Nachdem freie Aussprache, auch für alle Gegner, die besonders hiermit eingeladen sind. Arbeiter, Parteigenossen, Gewerkschaftskollegen, sorgt für Massenbesuch! Zentralverband proletar. Freidenker, Bezirksleitung Groß-Leipzig.

Metallarbeiter

Verband Die Bibliothek steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher während der Krankheitszeiten gegen Einreichung des Verbandsbuches innerhalb drei Tagen erfolgen.

Mittwoch, den 21. Juli, abends 1/7 Uhr im großen Saal des Volkshauses:

Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht der Ortsverwaltung.
2. Nachwahl zur Ortsverwaltung.
3. Der Aufbau der Betriebsräteorganisation durch den Metallarbeiterverband oder das Gewerkschaftsstatut.
Die Versammlung beginnt pünktlich 1/7 Uhr. Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Die syndikalistische Gefahr!!!

Mittwoch, den 21. Juli, abends 7 Uhr im Felsenkeller, Leipzig-Blagwitz **Öffentliche Versammlung.** Referent: Genosse H. Ritter, Erfurt. Freie Aussprache. Freie Arbeiter-Union.

Bekleidungsarbeiter-Verband

Billale Leipzig Braustr. 17, III.

Betriebsräte der Bekleidungs-Industrie.

Herren- und Damen-Schneiderei Wäsche-, Rüschen- und Putzbranche. **Mittwoch, den 21. Juli, nachmittags 5 Uhr** im Volkshaus, Café links **Versammlung** Tagesordnung: **Stellungnahme zur Wahl des Gruppenrats** Sämtliche Funktionäre und Beisitzer sind eingeladen. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht Die Verbandsleitung.

Familien-Nachrichten

Sonntag abend entließ nach in Geduld ertragener Krankheit meine liebe gute Frau, unsere Tochter und Schwester **Frieda Träger geb. Föhrig.** In Gohlis, Neuhäuser Dalkische Straße 11. In tiefster Trauer **Osw. Träger** nebst Hinterbl. Die Einäscherung findet Mittwoch, mittags 12 Uhr, statt. Blumenpenden dankend abgelehnt.

Nach langer schwerer Krankheit verstarb am Sonntag, dem 18. Juli, im Alter von 58 Jahren unsere liebe gute Mutter, Groß- und Schwiegermutter **Emilie verw. Blöchner geb. Volk.** Dies setzt tiefbetruert an **Otto Büchner** im Namen sämtlicher Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, auf dem Leuzschener Friedhof statt.

Nach kurzem schwerem Leiden starb plötzlich und unerwartet im Alter von 59 Jahren mein herzensguter lieber Mann **Friedrich Otto Rothe.** Die tieftrauernde Witwe **Emilie Rothe** nebst Angehörigen. Die Beerdigung findet Donnerstag, nachm. 4 Uhr, von der Friedhofstafel in Krauthain aus statt.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme sowie die zahlreichen Blumenpenden beim Hinscheiden meines lieben Mannes, meines guten Vaters **Gustav Wirth** sagen wir allen Verwandten und Bekannten, dem Ortsverein U. S. V. und dem Personal der Fa. Schäfer unsern herzlichsten Dank. All dieses hat meinem Herzen wohlgetan. Dir aber, mein lieber Gustav, rufen wir ein Ruhe lauti nach. **Pavik, 18.7. Frieda verw. Wirth** nebst Kindern u. Hinterbl.

Für die wohlthuenden Beweise inniger Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Tochter und Schwester **Klara** sprechen wir hierdurch allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere für den reichen Blumenbesuch, unsern herzlichsten Dank aus. **Leipzig-Lindenau, Familie Karl Lehmann.**

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei dem Begräbnis unserer innigstgeliebten Tochter, Schwester und Braut **Fräulein Marie Schildt** sagen wir allen Beteiligten hiermit herzlichsten Dank. **Leipzig, Brandenburgerstraße 13, den 19. Juli 1920 Die trauernden Hinterbliebenen.**

Licht-UT-Spiele
Nur noch bis Donnerstag!
Der gewaltige Monumentalfilm:
Tanz auf dem Vulkan
II. Teil
sowie
Bruno Kastners
Filmspiel
Artistentreue.
Telef. 3187
Beginn täglich 4 Uhr. Durchgang Ende 10 1/2 Uhr.
Hainstr. 19. Riebeckplatz
Im Herzen der Stadt.

la Zigaretten
aus reinen, hellen Tabaken
15-Pfg.-Verkauf, mit Mundstück Nr. 133.—
20-Pfg.-Verkauf, ohne Mundstück Nr. 104.—
per 1000 Stück, einzeln, neuer Steuer, Nachnahmeverkauf von 500 Stück an, bei 2000 Stück franco. Preisliste gratis.
M. Guttmann, Berlin O 27
Alexanderstraße 22.

WELTSPIEGEL
Leipzig-Gohlis, Lothringer Straße 80.
Heute bis Donnerstag, 6-1/2-11 Uhr:
Sensation! **Lepain 1. und 2. Teil.** 6 Akte.
Freitag bis Montag: **Lepain 3. Teil.**

Lichtspiele
Zschocher
Telephon 40960 Inh.: M. Raschke
Dienstag bis Donnerstag
Der Vampyr
von St. Louis II. Teil
(Der Millionen-Diebstahl im Bankhaus Henderson & Co., New York.)
•• Nic Carter ••
im Kampf mit seinem Doppelgänger
Jack Morton.
LOTTE NEUMANN
in ihrem 4aktigen Lustspiel
Die Frau im Doktorhut
sowie ein weiteres Beiprogramm.

Tombola in bekannter Qualität.
Ständige Ausstellung.
Laternen mit Glas u. Licht.
Festabzeichen, Humen.
Zu Kinderfesten: Tragstäbe, Mühen, Fahnen, Abziehbilder, Sterne u. Vogel i. reich. Ausw.
Katalog Nr. 44 verlangen.
Richard Lipinski
Leipzig, Königstraße 12.
Tel. Mittwoch u. 7 Uhr abds. **Erntedankfest** im Rest. Oberhof, Stötterstr. 22, 1*

Sommerfest
u. Zanzarettel, Regel- u. Schiedprelle, Papierlaternen, Feuerwerk, Vereinsabzeichen
Tombolas
Liefert am reichhaltigsten
Leipzig
Leipzig
Telephon 19 245. Ständige **Musikerausstellungen.**

Decke 100 Mt.
Schlauch 30
— la starke Gebirgsware, —
Aubehör- und Ersatzteile.
♦ Reparaturen. ♦
Damenrad, fast neu
vel., neu, la Gummi 850 Mt.
Herrenrad, fast neu, 750.
Fahrrad-Zentrale
Famub, Tauchastr. 40.

Saunfücken
(Krätze)
wirksames Spezialmittel.
König Salomo-Apoth.
Leipzig.

Bruchkranke
können ohne Operation u. Berufsstörung geheilt werden Sprechstde. in Leipzig, Mittelstr. 8a. I. b. Schumann am 24. Juni. **Dr. med. Knopf.** Spezialarzt f. Bruchleiden.

Wild-West

Nur noch 2 Tage!
Das große Sensations- und Wildwest-Drama:
Die Rache des Mexikaners
Naturgetreue Schilderung des Cowboylebens an der Grenze von Texas.
5 atemlos spannende 5 Riesens-Akte
Hierzu:
Das große orientalische Filmwerk **Der gelbe Gaukler.**
5 Akte! 5
Beginn 4 Uhr — Ende 10 1/2 Uhr
Kammer-Lichtspiele
Windmühlensstr. 7. Am Königsplatz

Etwas für Werkstätten und Arbeiter-Bereine.
Schuhe en detail zum Engros-Preis.
Großer Verkauf von hergestellten **Englischen Militärschuhen.**
Am 23. Juli a. c. wird in **Coblenz** bei der Firma **Wittmann, Castorpfaffenstrasse 16,** ein Vollen von 11320 Paar reparierte englische Militärschuhe, teilweise neu befohlt, versteigert.
30 Lose à je 10 Paar 50 Lose à je 20 Paar
100 " " 50 " " " 100 "
Besichtigung und Auskunft von 9-12 und 3-6 Uhr.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 20. Juli.

Parteiangelegenheiten.

Dehsh-Gauhsh. Umständehalber findet unsere Redelung nicht. Dienstag, den 20. Juli, sondern den 27. Juli statt. Marber. Westbeitel und Unterbeitel Marfranstäd. Mittwoch, den 21. Juli, abends 7 Uhr, Funktionärsbesprechung. Westendhaken. Zahlreichs und pünktliches Erscheinen. Die Bezirksvertreter. Gruppenrat XIII. Versteher. Mittwoch, den 21. Juli, abends 7 Uhr, Sitzung im Gewerkschaftsartell, Zimmer 104. Ausweiskarten für Gruppen III, VI, XI und XII können abgeholt werden. Gewerkschaftsartell Leipzig. Abteilung Betriebsräte.

Arbeiterturner und Sportler! Zu den Proben des Gewerkschaftsfestes ist die Teilnahme aller über 18 Jahre alten Turner und Sportler zur Aufführung großer Darstellungen dringend erforderlich. Wir bitten alle Turnvereine für Mittwoch, den 21. Juli, abends 6 Uhr, einen gemeinsamen Spaziergang nach dem Sportplatz anzusehen. Treffpunkt 7 Uhr. Der Bezirksvorstand.

Zur Erwerbslosigkeit in Leipzig im Monat Juni

Schreibt das Arbeitsamt: Beim Arbeitsamt I und den ihm angeschlossenen Facharbeitsnachweisen waren mit dem aus dem Vormonat zu übernehmenden Rest von nicht untergebrachten 7010 männl. und 497 weiblichen Arbeitskräften zusammen 19 075 (im Vormonat 18 088) Arbeitsuchende vorhanden, davon waren 15 369 (14 841) männliche und 3706 (3247) weibliche Personen. Den männlichen Arbeitsuchenden konnten 6536 (im Vormonat 6630) offene Stellen, davon 719 auswärtige, angeboten werden. Befehlt wurden 6319 (6290) Stellen, davon 607 auswärtige. An weiblichen Arbeitskräften wurden 2327 (2517), davon 187 von auswärtig, angefordert; vermittelt wurden 1889 (1932) Personen, davon 61 nach auswärtig. Die Gesamtzahl aller Befehnten Stellen beträgt 8308 gegenüber 8222 im Vormonat. Auf 100 männliche Arbeitsuchende kommen 42,5 (44) und auf 100 weibliche 62 (77) offene Stellen. Besonders ungünstig hat sich demnach die Arbeitsmarktlage für Frauen gestaltet, und der Zuwachs von 461 Erwerbslosen, die der weibliche Arbeitsnachweis gegenüber dem Vormonat erhalten hat, betrifft in der Hauptsache die gewerblichen Arbeiterinnen und die kaufmännischen Angestellten, während der Bedarf an Hausangestellten auch bei weitem nicht gedeckt werden konnte. In der Land- und Wirtschaft war die Vermittlung reger, 458 männliche und 52 weibliche Arbeitsuchende sind nach auswärtig vermittelt worden. In der Fachabteilung für das Baugewerbe ist dank der regen Vermittlungstätigkeit nach auswärtig die Zahl der Erwerbslosen von 681 auf 503 zurückgegangen; 1058 Stellen wurden Befehlt, davon waren allerdings 203 Ausschusstellen. Nach auswärtig wurden 104 Arbeitskräfte vermittelt. Dennoch ist die Tätigkeit der Leipziger Baugeschäfte gering und nur eine verhältnismäßig kleine Zahl ist beschäftigt. Durch Fertigstellung von Neubauten werden Maurer und Zimmerer in größerer Anzahl weiter arbeitslos werden. Im Malergewerbe wird in mehreren Betrieben verfürzt gearbeitet. Die Zahl der Erwerbslosen ist hier von 266 auf 273 gestiegen. In Arbeit wurden 190 Gehilfen gebracht, davon 32 nach auswärtig für Tischler und Drechsler ist der Beschäftigungsgrad ungenügend; viele Geschäfte lassen verfürzt arbeiten, manche nur halbe Wochen. Vermittelt wurde 25 Gehilfen, davon einer nach auswärtig. In der Metallindustrie haben verschiedene größere Betriebe erhebliche Arbeiterentlassungen aus Mangel an Aufträgen vorgenommen, andre lassen aus demselben Grunde verfürzt arbeiten. Die Zahl der männlichen Erwerbslosen ist von 1364 auf 1822 und die der weiblichen von 53 auf 152 gestiegen. Vermittelt wurden 875 (946) männliche und 163 (53) weibliche Arbeitsuchende. In der chemischen Industrie sind eine Anzahl weiblicher Arbeitskräfte zur Entlassung gekommen. Die Textilindustrie ist noch sehr beschäftigt. Entlassungen konnten vermieden werden. 43 männliche und 140 weibliche Arbeitskräfte wurden eingestellt. Im Buchbinder- und gewerbe hat sich der Geschäftsgang gegenüber dem Vormonat nur wenig verschlechtert; einzelne kleinere Betriebe lassen bereits verfürzt arbeiten, um den kommenden schlechten Monaten für das Gewerbe zu begegnen. Vermittelt wurden 94 männliche und 169 weibliche Arbeitskräfte. Im Sattlergewerbe arbeiten die meisten Firmen aus Mangel an Aufträgen schon längere Zeit verfürzt. In der Treibriemenindustrie ist der Geschäftsgang ebenfalls matt; die Lederfabriken haben die Betriebe schließen müssen. Vermittelt wurden für die Lederindustrie 22 männliche und 4 weibliche Arbeitsuchende. In der Holzindustrie ist die Zahl der männlichen Erwerbslosen von 456 auf 888 gestiegen und die der weiblichen von 55 auf 486. In der Metallfabrikation sind ganze Betriebe stillgelegt, andre arbeiten nur noch 24 Stunden in der Woche. Die Bürstenindustrie und die Modelliererei ruhen. Anfang Juni setzte auch die Entlassung von Arbeitern in der Musikindustrie ein und hat bereits einen größeren Umfang erreicht. Viele größere Betriebe lassen erheblich verfürzt arbeiten und bei der herrschenden ungünstigen Konjunktur in der Holzindustrie stehen weitere Betriebs-einsparungen und Stilllegungen bevor. Der Facharbeitsnachweis vermittelte 192 (329) männliche und 19 (35) weibliche Arbeitskräfte. Im Schneidergewerbe ist die Zahl der männlichen Erwerbslosen von 20 auf 123 und die der weiblichen von 64 auf 285 emporgeschritten. Die Arbeitszeit ist durchschnittlich auf 24

Stunden in der Woche herabgesetzt. Entlassungen haben eigentlich nur bei Kleinwerkstätten stattgefunden, von denen sich selbst ein Teil hat erwerbslos melden müssen. Auch die Damenkleiderei hat die Wochenarbeitszeit auf 24 Stunden verfürzt. In der Herren- und Damenwäschekonfektion und in der Nähmaschinenfabrikation ist der Geschäftsgang sehr schwach. In der Buchbranche, die bisher selbstlich beschäftigt war, stehen Entlassungen bevor. Vom Facharbeitsnachweis wurden 29 männliche, davon 2 nach auswärtig, und 57 weibliche Erwerbslose vermittelt. Im Kürschnergewerbe beginnt, wie alljährlich, die stille Zeit; die meisten Betriebe arbeiten schon verfürzt, Entlassungen und Kündigungen sind zu verzeichnen. Vermittelt wurden 84 männliche, davon 6 nach auswärtig und 118 weibliche Arbeitskräfte. Im Gast-wirtsgewerbe herrscht noch immer starke Arbeitslosigkeit. Die Badegorte nehmen nur sehr wenig Arbeitslose auf, da dort selbst genügend Erwerbslose vorhanden sind. Mehrere hundert Kellner sind noch vorhanden, die bereits seit 1918 ohne feste Arbeit sind und nur dann und wann mit Ausschusstellen bedacht werden können. Köche sind vielfach entlassen und dafür billiger arbeitende Rammeln eingestellt worden. Vermittelt wurden von der Fachabteilung 749 (1067) männliche und 53 weibliche Arbeitskräfte. Von den Befehnten Stellen waren 688 Ausschusstellen; 25 Personen wurden nach auswärtig vermittelt. Arbeits-einsparungen und Entlassungen von kaufmännischen und Bureau-Angestellten sind allge-mein und erstrecken sich sowohl auf Industrie als auch auf Groß- und Kleinhandel. Bei der kaufmännischen Abteilung liegt die Zahl der männlichen Erwerbslosen von 468 auf 526 und die der weiblichen von 141 auf 247; vermittelt wurden 58 männliche und 88 weibliche Angestellte. Die Fachabteilung für Musiker vermittelte 1033 Arbeitskräfte, davon waren 1025 Ausschusstellen. In diesen Angaben des Arbeitsamts kommt der immer tiefer werdende Verfall des Kapitalismus zu recht zum Ausdruck. Im vorigen Jahre hieß es: „nur die Arbeit kann uns retten!“ Jetzt werden die Betriebe stillgelegt, obwohl die arbeitende Bevölkerung von allem entlastet ist. Das ist der Segen der Wirtschaft, an der weite Schichten immer noch hängen. Man will nicht einsehen, daß nur die planmäßige Umwandlung der Produktion auf Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums uns retten kann. Und so geht es immer tiefer hinab. Die Unternehmer halten es zunächst aus. Sie haben hohe Kriegs- und Inflationsgewinne erzielt. Die Arbeiterfamilien dagegen werden hart getroffen. Ihre einzige Rettung liegt im Sozialismus.

Die knickrigen Patrioten.

Die Geschäftsstelle für Volksabstimmung in Leipzig, die die Forderungen der Leipziger Ost- und Westpreußen im Abstimmungsgebiet vermittelt, beklagt sich in den Leipziger Neuesten Nachrichten bitter darüber, daß sich viele Leipziger Unternehmer weigern, den Arbeitern, die zur Abstimmung fahren, den Lohn weiter zu bezahlen. Besonders große Firmen haben erklärt, es könne ihnen nicht zugemutet werden, den Arbeitern für eine „vierzehntägige Bergnahrungsfahrt“ aufzukommen. Dabei haben große Unternehmerverbände die Zustimmung gegeben, daß den Arbeitern für die Zeit ihrer Reise in das Abstimmungsgebiet der Arbeitslohn fortgezahlt werden solle.

Zu dieser Klage schreiben die Leipziger Neuesten Nachrichten: „Gegenüber der Tatsache, daß wir es der Haltung der deutschen Arbeiterklasse verdanken, daß die Loslösungsbewegungen im südschlesischen Gebiet nicht haben Fuß fassen können, und angesichts des Umstandes, daß die nationale Front in der Nord-mitteleuropäischen Ost- und Westpreußen bis weit in die Reihen der Unabhängigen gerückt hat, und daß gerade die Sozialdemokratie eine energische Trägerin des deutschen Widerstandes gewesen ist, berührt es ungemein kleinlich, wenn nach diesem Siege von Seiten gewisser Firmen in Leipzig — und es werden uns Firmen mit klangvollen Namen darunter genannt — jetzt Schwierigkeiten wegen der Lohnauszahlung gemacht werden. Wenn die Firmen dann wenigstens mit großzügigen Zahlungen die Grenzspende in die Lage versetzen, ihrerseits einzugreifen. Dieses Nachspiel zu dem Siege im Osten — und wir können dessen moralische Wirkung heute noch kaum abschätzen, wenn alles kommt er unserm ganzen Volke, jene Firmen mit eingeschlossen, zugute! — wirkt unsagbar kleinlich und peinigend.“

Es geht doch nichts über die zahlungsfähigen, aber knickrigen Patentpatrioten! Sie sind unheimlich, sie sind auch oberbieder im Versprechen; aber beim Geldsaug hört nicht nur ihre Gemütslichkeit, sondern auch ihr Patriotismus auf.

„Zeitfreiwilliger Bevoorzugt“

In den Leipziger Neuesten Nachrichten finden wir nachstehende Anzeige: Ketterer, erfährt. Mann für Detektiv gesucht. Zeitfreiwilliger Bevoorzugt. Papiere nicht nötig.

Bei der Suche nach Spitzeln werden Zeitfreiwillige Bevoorzugt. Ein Zeichen, in welchem Ansehen sie stehen.

Ueber einen tragischen Vorfall, bei dem ein Kind sein Leben einbüßte, werden uns nachstehende Angaben gemacht: Am Freitag hielten sich vier bis fünf Knaben in Selterhausen auf der Chaussee auf, die nach Taucha führt. Sie warfen mit einem Fußball nach den Obstbäumen. Ein Schußmann in Zivil, sein Name ist Diehe, wohnhaft Lorgauer Straße 42, schritt dagegen ein und versuchte die Namen der Kinder festzustellen. Alle blieben stehen bis auf einen Knaben, Sohn des Alwin Bernhardt, Volk-marsdorf, Eißelbachstraße 22 wohnhaft. Dieser Junge, der im

13. Lebensjahre stand, ergriff die Flucht. Der Schußmann verfolgte ihn. Der Knabe rannte um eine dort befindliche Straßenecke, darauf in ein Haus der Bauhmannstraße, wo er in den Keller wollte. Der war aber verschlossen. An der Kellertür brach der Knabe zusammen und verstarb. Die Leiche blieb drei Stunden liegen, weil niemand den Namen des Knaben kannte. In seiner Tasche wurde — eine Birne gefunden! Später wurde ein Arzt gerufen, der Herzschlag als Todesursache feststellte. Wie uns der Vater des Kindes mitteilte, hatte sein Sohn einen Herzfehler. Es wird hoffentlich noch genau festgestellt werden, wie weit der zu dem plötzlichen Tode beigetragen hat. Das Resultat wird hoffentlich der Öffentlichkeit unterbreitet. Bis dahin wollen wir unsere Kritik zurückstellen.

Ist das alles? Wir haben am Sonnabend bestimmte Angaben über die Umwandlung des Leipziger Zeitfreiwilligenregiments in einen Verein der Sport- und Wanderfreunde gemacht. Das Polizeiamt macht jetzt in einer amtlichen Bekanntmachung auf eine Zuchthausverordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920 aufmerksam, die sich gegen die „verfassungswidrlichen Elemente“ richtet, die Verbände bilden, die geheim aufrechterhalten und die unter sportlichem Deckmantel Märsche oder Übungen veranstalten. Die bürgerliche Klassenjustiz kann natürlich diese Verordnung, deren Rechtsgültigkeit noch sehr zweifelhaft ist, vor allem gegen Arbeiter anwenden, die den Rest der Freiheit in Deutschland verteidigen wollen. Auf die Zeitfreiwilligen im Sportgewande wird die Androhung von Zuchthaus nicht den geringsten Eindruck machen. Die wissen, daß es Richter gibt, die sie nicht ins Zuchthaus stecken werden. Wenn das Polizeiamt die wirkliche Auflösung des Zeitfreiwilligenregiments herbeiführen will, so muß es schon wirksamere Maßnahmen ergreifen. Mit Verordnungen ist da nichts zu machen.

„Keinen Pfennig für den Volkshauses-Wiederaufbau!“ Diese Parole gibt nicht ein gelbes, sondern ein angeblühendes rotes Blatt, der Kommunist in Dresden, aus. Er läßt sich aus Leipzig einen langen Artikel über den Volkshauses-Wiederaufbau schreiben, in dem es u. a. heißt, die Schaffung eines eigenen Heims sei heute eine Frage von untergeordneter Bedeutung, und was geht die Arbeiterklasse ein so vollkommen überflüssiges Volkshauseswiederaufbau an. Wenn die „Kommunisten“ weiter nichts zu sagen haben als diesen Unsinn, so beweisen sie damit nichts anderes, als daß ihre Bewegung höchst überflüssig ist. Jedenfalls wird ihre Haltung zum Volkshausesaufbau von keinem ernsthaft denkenden Arbeiter verstanden werden.

Die Fleischversorgung. Der Viehantrieb beim Leipziger Schlachthof ist jetzt außerordentlich groß; besonders von Bayern wird viel Vieh angeliefert. Das heißt aber noch lange nicht, daß die Fleischversorgung besser wird. Aber teurer wird das Fleisch, denn der Rat erhebt die Gebühr von 40 Pfg. für ein Kilo Fleisch, die in der letzten Stadtverordnetenversammlung durch die Schuld der Rechtssozialisten beschlossen worden ist. Der Rat hat erklärt, trotz der Beschwerde, die der Rechtssozialist Pollender gegen die Abstimmung bei der Kreishauptmannschaft erhoben hat, liegt ein gültiger Beschluß vor. Alles Geschrei und alles Geschimpfe der Rechtssozialisten gegen die Unabhängigen hilft also nichts, die Schuld an der Fleischverteuerung trifft Pollender, Kressin und seine Freunde.

Prügelheiden. In der Kronprinzstraße verübten Studenten am Sonntag früh — wohl nach einer durchgehenden Nacht — Raufereien. Sie färbten und rissen von den Anschlagstufen Plakate ab. Als Arbeiter sie zur Rede stellten, drangen sie auf sie ein. Die Raubdrücker wurden handgreiflich. Einem Buchhandlungsgeschäft wurde ein derartiger Schlag ins Gesicht veretzt, daß ihm das Blut aus der Nase floß. (Wie später ein Arzt feststellte, ist sein Nasenbein angebrochen.) Die Polizei wurde gerufen, die auch erschien und die Namen der Prügelheiden feststellte. Der eine entpuppte sich als „Rechtant!“ Das sind dieselben Elemente, die sich über die „Rechtanten“ entrüsteten.

Die Elternratswahl in Döblich-Deulitz-Pöhlitz findet am 24. Juli, von 6 bis 8 Uhr nachmittags, in der Schule zu Döblich statt. Zahlreiche Beteiligung ist Pflicht.

Mitgliedsbuch der U. S. P. D. entwendet. Dem Genossen Ernst Kresse, Bautechniker, Reudnitz, Oststraße 4, IV., wurde das Mitgliedsbuch der U. S. P. D. gestohlen. Marken sind geklebt bis mit 26. Woche.

Eine Mitterberatungsstelle ist in Leipzig-Mockau, Mockauer Straße 119, eingerichtet. Sprechstunden: Freitags, nachmittags 4 bis 6 Uhr.

Wieder Betriebs-einsparungen bei der Straßenbahn. Die Große Leipziger Straßenbahn teilt uns mit: Infolge wieder eingetretener Schwierigkeiten in der ausreichenden Belieferung mit Strom durch das städtische Elektrizitätswerk sieht sich die Große Leipziger Straßenbahn veranlaßt, vom 21. d. M. an den Betrieb wieder einzuschränken. Von besonderen Linienabänderungen wird diesmal abgesehen bis auf Linie 18, die im Osten ihren Endpunkt am Bahnhofs-Bahnhof erhält und Linie Gumborf der Leipziger Augenbahn-Aktiengesellschaft, die nur bis zum Fleischerplatz betrie-ben werden soll. Letztergenannte Linie wird außerdem im Halb-stundenverkehr, die Linie Gauhsh nur während der Hauptverkehrs-stunden im 20-Minuten-Verkehr und die übrige Zeit im 30-Minuten-verkehr betrieben.

Bootsunglück. Gestern, nachmittags 5 Uhr, sahen Wassanten ein leeres Boot auf der Elster hinter dem Schloßjäger Park treiben.

Die Steine

19] Von Konrad Uebe.

Unbehau sah sich hilflos um. Seine Herabstimmung war ihm selber unheimlich. Aber nun mußte er seinen Mann stehen. „Sose“, fing er an, „ich muß auf die alten Geschichten zurückkommen. Ich habe mir alles überlegt und habe eine Menge Gerichtsverhandlungen gelesen, so unerhört ist das mit Hans gar nicht. Es gibt noch schlimmere Sachen, und ich bin nicht geistes-gefißert. Ich bin völlig klar; allerdings hat mich das Nachdenken um meine alten Ideale gebracht, aber ich kann unmöglich verfürzt sein; ich habe auch über Geistesstörungen nachgelesen und werde mich, um ganz sicher zu gehen, von einem Arzt untersuchen lassen. Meinemwegen können sie mir eine Gefängnisstrafe geben, wenn ich nur meine Ruhe wiederfinde.“

„Sose!“ sagte Gottlieb nachdenklich. Das war gefährlicher, als er erwartet hatte. Du bist also gesund. Du glaubst, gesund zu sein. Ja, es ist das Beste, du gehst zum Arzt. Weist du übrigens, weshalb ich hier bin? Deine Frau schrieb, es wäre Zeit, dich in eine Anstalt zu bringen. Du könntest noch nicht einmal mehr deinen Laden besorgen und führtest mit einem tagelieblichen Proletarier lange Gespräche über Politik.“

„Ich bin überzeugter Sozialist geworden!“ warf Unbehau ein. Bedauerndem Mensch! Du weisst ja gar nicht, wie krank du bist. Dieser Arbeiter, dein Freund, ist ganz außer sich zu deiner Frau gelaufen, als er endlich dein Leiden gemerkt hat. Deine Frau hat ihn mit vieler Mühe beruhigt, daß er den Mund hält. Es ist zu peinlich.“

„Was denn nun?“ Unbehau konnte seine Angst nicht mehr verbergen. Die un-geduldrigen Hosen schlitterten um seine dünnen Beine und Gottlieb nahm dieses Symptom mit Vergnügen wahr.

„Du zitterst ja! Guck dich im Spiegel an. Wenn nur nicht jetzt etwa wieder so ein Anfall kommt.“

„Was willst du nur mit einem Anfall?“

Ueber diesen Punkt hatte Gottlieb vor seiner Schwester keine Bedenken. Er hatte sie völlig überzeugt, daß ihre Beobachtungen von Unbehau's wunderlichem Benehmen mit seinen Steinen und seine furchterregenden Gespräche im Schlafe wirklich Anzeichen einer Gehirnerkrankung wären, und er hatte dafür die Bezeichnung Anfälle schuldig gemacht. So brauchte er sich nicht zu entschüden, seinen Schwager in immerhin breiter Weise an der Nase zu führen. Sein Gesicht nahm einen teilnahmsvollen Ausdruck an.

„Du weisst also wirklich nicht, daß du manchmal ganz von Sinnen bist? Du siehst Stundenlang vor dich hin und hörst nicht auf Anrufe, so daß man denken könnte, du schliffest. Aber deine Augen sind offen, und du redest auch häufig mit dir selber. Lauter dummes, schreckliches Zeug. Aber wir möchten es dir nicht antun, dich in eine Anstalt zu bringen. Deine Frau hat ein zu gutes Herz, und daß ich dich von ganzer Seele bedauere, brauche ich hoffentlich nicht erst zu sagen.“

„Aber davon ist mir doch nichts bewußt! Ihr redet mir das ein! Ich glaube euch zu durchschauen. Es ist einfach nicht wahr, ich beobachte mich Stunde für Stunde.“

Gottlieb lachte, aber gleich wurde er wieder ernst.

„Siehst du, es ist Torheit von mir, so verständig mit dir zu reden. Du glaubst selbstverständlich, ganz normal zu sein. Du kannst an die Uhr schauen und glaubst, alle 60 Minuten einer Stunde abzuzählen, und dabei hast du 59 Minuten geschlafen. Du siehst wie in einem Traume, in dem man auch alles für wahr hält. Ich könnte mit dir zum Neurologen gehen; der Arzt würde es dir wahrscheinlich schriftlich geben, daß du krank bist; und vielleicht würdest du auf diesem Zeugnis die Bescheinigung deiner Gesund-heit, oder einen Liebesbrief, oder einen Bibelvers lesen. Das käme nur auf den augenwärtigen Zustand deines Gehirns an. Vielleicht siehst du aber wenigstens etwas ein. Hans war doch Idiot, nicht wahr? Warum war er denn Idiot? Aus nichts wird nichts. War Hans Idiot oder nicht?“

„Ja, aber...“ versuchte Unbehau, seiner selbst unsicher und nach Luft schnappend, zu Worte zu kommen.

„Ja, aber...“ spottete Gottlieb nach; „was denn aber? Warum war er Idiot? Weil der Vater anormal war. Du wirst das zwar nicht begreifen; denn du bist mit einem Worte unzurechnungs-fähig.“

„Es ist möglich. Dann schaff' mich doch nur wenigstens in eine Anstalt. Es wäre für euch und für mich bequemer.“

„Für uns sicher; aber du würdest bei einer Anstaltsbehand-lung schnell zugrunde gehen. Dein Zustand ist im allgemeinen harmlos, es ist sogar Aussicht auf Besserung da, wenn du den Nord erst einigermaßen vergessen hast. Wir tun an dir, was wir können. Du bist undankbar. Du solltest deiner Frau auf den Knien danken, was sie für dich tut.“

In dieser Weise schwachte Gottlieb die größten Ungereim-telkeiten zusammen. Unbehau's Verstand war klar genug, hier und da durch diese schandhafte Wolke zu sehen, mit der ihn sein Schwager einnebelte, sein Gefühl sagte ihm, daß er vergewaltigt wurde, aber sein Wille langte zum ernstlichen Widerstande nicht mehr zu. Sein Kopf war benommen, nicht erst seit heute, er hatte eigentlich immer einen lästigen Druck über den Augen und im Nacken. Warum sollte er schlichtlich nicht verrückt sein? Es war auch am einfachsten, alles gehen zu lassen, wie es gehen wollte. Man tat ihm ja nichts, er hatte seinen Laden, seine Steine, seine Gedanken und Träume. Es ging vielen Menschen schlechter als ihm; seine Verdrießlichkeiten waren die gerechte Strafe für seine Tat.

„Macht mit mir, was ihr wollt.“ sagte er gequält, aber de-mütig. Dieses Geständnis der Unterwürfigkeit hatte Gottlieb hören wollen.

„Recht so, Schwager; ganz so schlimm, wie ich dachte, steht es doch noch nicht mit dir. Ich will deine Frau schon beruhigen, daß sie sich nicht gar zu arg um dich ängstigt.“

Fortsetzung folgt.

Sie hielten hier auch Hirsche, und als sie näher kamen, sahen sie wie hier zu einem jungen Mädchen, die bei einer Kahlparade verunglückt waren, in höchster Gefahr des Ertrinkens waren. Er gelang den Reitern nur noch das eine Mädchen dem Tode zu entreißen. Das andre konnte nur als Leiche geborgen werden. Es ist die Tochter des Kriminaloberwachters Ansojge, der nach Schließen gereist war, um hier seine Ferien zu verleben.

Jesus Sarraiani. Mittwochnachmittag sahen Kinder halbe Preise und sehen ein vollkommen ungeklärtes Abendprogramm. Es sei betont, daß das Gastspiel des Airtus Sarraiani diesmal nur auf kurze Zeit bemessen ist.

Polizeinachtichten.

Durch einen Radfahrer in der Deußcher Straße umgerissen! Am 7. d. M., früh 9 Uhr, gingen mehrere Schulkinder die Deußcher Straße entlang achlos mitten auf der Fahrbahn, anfangs auf dem Fußsteig. Vor dem Hause Nr. 18 hogen sie plötzlich rechts ab, um den Fußweg zu gewinnen, als in demselben Augenblick ein Radfahrer in der gleichen Richtung schnell angefahren kam und an eines der Kinder, ein neunjähriges Mädchen, anprallte. Beide kamen zu Falle. Das Mädchen trug eine Quetschwunde über dem rechten Auge davon, die in der 7. Sanitätswache genäht wurde, sowie Hautabschürfungen am linken Knie. Der Radfahrer, angeblich Weigel mit Namen, hat anscheinend keinen Schaden erlitten. Wer Angaben über seine Person machen kann, wolle dies recht bald bei der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache tun.

Zwischen Eisenbahnzug und Bahnsteig. Ein 28-jähriger Schreiber aus Ramenz, der noch in den 9 Uhr abends nach Dresden abgehenden und bereits im Gange befindlichen Dresdener Personenzug einsteigen wollte, ist dabei zu Fall gekommen und schwer verletzt aufgehoben worden. Er hatte schwere Quetschwunden am linken Bein und Fuß erlitten. Der Bedauernswerte ist mit seinem Bein zwischen Bahnsteigmauer und das Trittbrett des Eisenbahnwagens geraten. Er wurde nach Anlegung eines Verbandes in der Sanitätswache nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht.

Strahnenunfälle. Am 16. d. M. ist ein 10-jähriger Knabe in der Straßestraße durch einen Straßenbahnwagen umgerissen worden und hat durch die Schutzvorrichtung, unter die er zu liegen kam, starke Quetschungen des rechten Oberschenkels erlitten. Er war über die belebte Wäckerstraße gerannt und plötzlich kurz vor dem sich nähernden Straßenbahnwagen stehen geblieben. (Es handelt sich offenbar um den Vorfall, über den wir bereits berichteten. Demnach liegt glücklicherweise kein tödlicher Unfall vor. R. d. Z. B.) Am 17. d. M. ist in der Reichstraße ein Radfahrer durch ein ihm entgegenkommendes Geschirr, das ohne zwingenden Grund statt auf der rechten Straßenseite in der Straßennitte gefahren sein soll, umgerissen und zu Boden geschleudert worden. Er hatte eine Quetschung der linken Brustseite und eine etwa 3 Zentimeter lange, blutige Wunde an der linken Kopfseite erlitten. — Endlich ist am selben Tage, früh 1/2 Uhr, eine bei der Städtischen Speisefabrik beschäftigte 50-jährige Arbeiterin in der Wendestraße in Leipzig-Gohlis aus ihrem Wagen auf die Straße gefallen. Mit einer Gehirnerschütterung und einer Verletzung am Hinterkopfe fand sie, wie auch die übrigen beiden Verletzten, Aufnahme in einem Krankenhaus.

Um 20 000 Mark betrogen. Eine Kontoristin hatte am 16. Juli, vormittags zwischen 9 und 10 Uhr, von der Deutschen Bank einen Geldbetrag in Höhe von 20 000 Mk. erhoben und, nicht weit davon entfernt, am Neumarkt noch eine Kleinigkeit gekauft. Als sie aus dem Geschäft heraustrat, sprach sie Ede Neumarkt und Preußergasse ein Mann mit dem Worten an: „Herrlein, Sie müssen sofort mit nach der Bank kommen, dort muß ihr Geld nachgeprüft werden, meines ist auch nachgeprüft worden.“ Inzwischen war noch ein zweiter Mann hinzugekommen, der sich als Kassierer Kobusch der Deutschen Bank vorstellte und das gleiche Ansuchen an sie stellte. Da das junge Mädchen den zuerst bezeichneten Menschen in der Deutschen Bank an einem Tische sitzen gesehen hatte, erschienen ihr seine Angaben glaubhaft und sie übergab dem angeblichen Kassierer das Geld. Eine Stunde später sollte sie es sich bei der Bank wieder abholen. Dort ersah sie zu ihrem Schrecken, daß sie von Betrügern gehörig hinter das Licht geführt worden war, worüber hiermit gewarnt wird.

Lebensmittellieferanten für Mittwoch, den 21. Juli.

Für Haushaltungen.

Anmeldung: Nahrungsmittel usw. für Kinder bis zu 2 Jahren: Letzter Tag — abzugeben H 2, M 2, N 2, Z 2 der Lebensmittelkarten S 1, S 2, S 3.

Nahrungsmittel für Schwangere: Letzter Tag — abzugeben SN 2 der Sonderlebensmittellieferanten für Schwangere usw.

Für Händler.

Kartoffeln: Bezugsgeldentnahme. Valerisoden: Markenabgabe an den Obmann.

Knochen- und Kleinfleischverkauf. Freibank I Nr. 11 081—12 440 und 1—1235. Freibank II Nr. 706—7210 und 1—760. Schönberg, Feldstraße, von 8 Uhr ab Verkauf. Dentsch, Gerberstraße, von 8—10 Uhr. Nr. 210—330 zum Höchstpreis, Verkauf von Blutwurst. Hoffmann, Wächterstraße, von 10 Uhr ab zum Höchstpreis, Verkauf von Knoblauchwurst.

Kleine Chronik.

Städtische Theater. Das Schauspiel nimmt nach beendeten Ferien am Donnerstag seine Tätigkeit im Neuen Theater mit dem Mollere-Abend Der Wisanthrop — Die Heirat wider Willen wieder auf, dem am Freitag Judith und am Sonnabend Struensee folgen, alle drei Vorstellungen im Anrecht. Am Sonntag gastiert das frühere Mitglied unserer Bühne, Volker Wehner vom Landestheater in Dresden, als König Philipp in Don Carlos. Die Vorstellung findet bei aufgehobenem Anrecht statt. — Das Alte Theater wird am Sonnabend mit Candida wieder eröffnet, am Sonntag ist Webedinds Schwanz Der Liebestrant angelegt. — Donnerstags, den 22. d. M., gelangt im Operetten-Theater Die Kaschingssee mit Therese Wiet in der Titelpartie zur Aufführung.

Leipziger Puppenstücke. Wehplah-Hauptrestaurant. Spielplan vom 20. bis 25. Juli: täglich 4 Uhr: Klein Däumling; 8 Uhr: Das Mißverständnis oder: Nun muß Kaspar heiraten. Nach jeder Vorstellung: Theatrum mundi.

Der Frauenklub in Berlin hat die nationalsozialistische Presse wieder mächtig hochgehen lassen. Die Hundetaktik der Christen — Weibchen, Prügel, Gejaule — erscheint besonders übel, wenn man vergleicht, wie solche Sachen in zivilisierten Ländern behandelt werden. Am 7. Juni meldete die amerikanische Presse ganz beiläufig aus Washington (wir folgen der New Yorker Volkszeitung):

„Im Namen der amerikanischen Regierung leistete heute Staatssekretär Colby dem britischen Botschafter gegenüber mündlich Hilfe wegen der Verbrennung der britischen Flagge durch Frauen irischer (!) Abstammung. Sobald das Staatsdepartement von den Behörden des Distrikts Columbia den nachgesuchten Bericht über den Zwischenfall erhalten hat, wird es laut Colbys Mitteilung der britischen Regierung gegenüber noch einmal formelle Abbitte leisten.“

So selbstverständlich erledigt ein politisch erzogenes Volk derartige Angelegenheiten. Aber die immer noch herrschenden Klassen Deutschlands, die sich seit Jahrzehnten daheim und draußen in Nipoteien überdosen, schwelgen jetzt wieder in altgewohnten Sitten. Und so was ist entsetzt, wenn man es in den Völkern nicht aufnehmen will!

Die Rechtssozialisten auf dem Gimpelgang

Dieser Tage haben die Rechtssozialisten ein Flugblatt verbreitet, das überschrieben ist: „Nach den Reichstagswahlen“. In der Absicht, die Unabhängige Sozialdemokratie herabzusetzen, werden in dem Flugblatt die Tatsachen mit kaum zu überbietender Dreifaltigkeit auf den Kopf gestellt. Zur Regierungsbildung schreibt das Flugblatt:

Da die Unabhängigen den allergrößten Lärm machten, glaubten viele Arbeiter ihre Interessen besser als bisher vertreten und mehr Macht gewinnen zu können, indem sie recht viel Unabhängige in den Reichstag wählten. Das Gegenteil ist eingetreten; infolge des geradezu wahnwitzigen Verhaltens der Unabhängigen mußte auch der letzte Sozialist, der letzte Arbeitervertreter aus der Regierung ausscheiden, und wie vor der Revolution wird jetzt Deutschland wieder allein von den Bürgerlichen regiert.

Es wird also behauptet, die Unabhängigen sind schuld daran, daß der letzte Sozialist aus der Regierung austreten mußte. Demgegenüber könnte es genügen, zu erwidern, daß die Regierungsmänner, die sich in der Koalitionsregierung als Sozialisten ausgaben, überhaupt keine Sozialisten waren. Scheidemann, Landsberg, Heine, Koste, Bauer usw. sind doch keine Sozialisten, auch wenn sie es noch so oft von sich behaupten. Es wäre nur verdientlich, wenn die USPD zuwege gebracht hätte, daß solche Leute keine Gelegenheit mehr haben, der Sozialismus in einer Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien zu diskreditieren. Aber ganz abgesehen davon sind doch die Rechtssozialisten aus der Regierung ausgeschieden, weil die bürgerliche Politik der Koalitionsregierung für die Arbeiterklasse so verhängnisvoll wirkte, daß die Rechtssozialisten bei den Wahlen mehr als die Hälfte ihrer Stimmenzahl einbüßten. Der katastrophale Wahlausgang zwang die Rechtssozialisten, zunächst wenigstens aus der Regierung auszuschließen, wenn sie nicht noch schlimmere Folgen für ihre Partei erleiden wollten. Auf der Parteikonferenz der Rechtssozialisten, die sich nach der Wahl mit der Frage der Regierungsbildung beschäftigte, waren es die ehemaligen rechtssozialistischen Regierungsmitglieder Braun und Dr. David, die ausdrücklich erklärten, der Wahlausgang sei ein Volksentscheid, der beachtet werden müsse, deshalb dürfe die Partei nicht wieder an der alten Koalitionsregierung teilnehmen.

Trotzdem behauptet das Flugblatt, die Unabhängigen seien schuld daran, daß Deutschland wieder allein von den Bürgerlichen regiert wird. Mit dieser Darstellung stehen ja die Rechtssozialisten jetzt überall gegen die Unabhängigen los, wobei sie den Lesern völlig verschweigen, daß sie unter sich zur Regierungsbildung eine ganz andere Stellung eingenommen haben, als sie in der Öffentlichkeit vertreten. Man sollte annehmen, daß die Herrschaften nach der Veröffentlichung des vertraulichen Rundschreibens, das der rechtssozialistische Parteivorstand unter dem 9. Juni der rechtssozialistischen Parteipresse zugehen ließ, etwas vorsichtiger geworden wären. Sie rechnen aber offenbar mit der Unkenntnis der breiten Masse und haben daher dreist darauf los. In dem erwähnten Schreiben vom 9. Juni (man beachte das Datum) heißt es:

Eine Kluge und auf die Psychologie der Arbeiterschaft richtig eingehende Haltung der Parteipresse in den nächsten 14 Tagen kann die Stimmung der Arbeiterschaft sehr günstig für uns, und im Falle der Ablehnung der USPD, in die Regierung zu gehen, nachher sehr ungünstig gegen die USPD, beeinflussen. Scheidet die Möglichkeit einer Regierung aus SPD, USPD, DDP, aus, so wird Eberl die Führer der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei zu sich rufen, um ihnen den Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung zu geben. Sie werden vermutlich den Anspruch erheben, daß auch Vertreter unserer Partei in ihre Regierung eintreten. Das wird aber von unserer Partei mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden. . . . Wir rechnen damit, daß diese Regierung der Rechtsparteien zustande kommen wird.

Uns aber kann eine derartige Regierung im Augenblick nur erwünscht sein, denn die Verhandlungen in Spa werden der deutschen Republik und dem deutschen Volke schwere Lasten auferlegen. Wir haben alles daran zu setzen, daß die Repräsentanten der Rechtsparteien die Verhandlungen in Spa führen und die Anordnungen der Entente auf sich nehmen. Dann müssen sie die Entlassung der Armee herbeiführen, die ihnen diese Feinde machen wird.

Am 9. Juni hat also der rechtssozialistische Parteivorstand in seinem geheimen Rundschreiben eine Regierung der Rechtsparteien als ein Unglück angesehen. Im Gegenteil, der rechtssozialistische Parteivorstand sagte ausdrücklich: „Wir haben alles daran zu setzen, daß die Repräsentanten der Rechtsparteien die Verhandlungen in Spa führen.“ Wenn die Rechtsparteien die Verhandlungen führen sollen, dann müssen sie auch die Regierung bilden. Nach der Ansicht des Parteivorstandes der Rechtssozialisten müßten diese also alles daran setzen, daß die Regierung von den Rechtsparteien gebildet würde. Es ist also ebendiese Heuchelei, wenn sich die Rechtssozialisten darüber entrücken, „daß jetzt in Deutschland die Bürgerlichen allein regieren“. Die Rechtssozialisten haben es gar nicht anders gewollt!

Zwei Tage nachdem die Rechtssozialisten ihre wirklichen Ansichten über die Regierungsbildung in dem geheimen Rundschreiben der rechtssozialistischen Presse mitgeteilt hatten, begann das Postenspiel der Rechtssozialisten in der Öffentlichkeit. Am 11. Juni lud der Rechtssozialist Müller die Unabhängigen zum Eintritt in die Regierung ein, trotzdem der rechtssozialistische Parteivorstand zwei Tage vorher geschrieben hatte: „Uns aber kann eine derartige Regierung (der Rechtsparteien) im Augenblick nur erwünscht sein.“

Sätten die Rechtssozialisten ehrliche Politik getrieben, dann hätten sie nach ihrem Bekenntnis vom 9. Juni den Deutschnationalen und der deutschen Volkspartei die Regierungsbildung anbieten müssen, ohne sich vorher an die Unabhängigen zu wenden. Sie wollten ja aber, daß die Regierungsbildung „sehr ungünstig gegen die USPD“ wirke, daher bot Müller der USPD, den Eintritt in eine Koalitionsregierung mit den bürgerlichen Parteien an. Diesen Eintritt lehnte die USPD ab. Und das mit Recht! Die bisherigen Erfahrungen mit der Koalitionsregierung hatten gezeigt, daß in ihr nicht die Interessen des Volkes, sondern die Interessen der Kapitalisten vertreten worden sind. Die Koalitionsregierung, die von den Rechtssozialisten mitgemacht worden ist, war kapitalistische Politik. Die Beteiligung an dieser Politik lehnt die USPD, als Verrat am Sozialismus ab. Wie berechtigt die Angriffe der Unabhängigen auf die verräterische Koalitionsregierung waren, geht daraus hervor, daß jetzt, nachdem die Rechtssozialisten nicht mehr in der Regierung sitzen, die Taten der Koalitionsregierung von Rechtssozialisten scharf verurteilt werden. Dafür einige Beispiele:

Während des Wahlkampfes haben die Rechtssozialisten die Steuerepolitik der Koalitionsregierung als „sozialistische Steuerepolitik“ gelobt, nach der Wahl schrieb der Rechtssozialist Parvus in der Glode:

Die eifrig fabrizierten Steuern erreichen ihren Zweck nicht, hemmen die Produktion, schaffen eine Konfuktion und Korruption, wie sie Deutschland kaum je gesehen. Es ist das elendste aller Steuersysteme, wie das preussische Dreiklassenwahlrecht das elendste aller Wahlrechte war.“

Ueber die Wirtschaftspolitik der Koalitionsregierung schrieb der Rechtssozialist Cunow nach der Wahl in der Neuen Zeit:

Die Ernährungs- und Arbeitsverhältnisse sind ganz unzureichend, während das Schiebertum und die Preisstreberei einen Aufschwung genommen haben, wie selbst nicht im letzten Kriegsjahr. Vor allem aber vermisst man in der heutigen offiziellen Wirtschaftspolitik jeden festen Organisationsplan, jedes bewußte Hinarbeiten auf ein der Tendenz unserer modernen Wirtschaftsbewegung abgeleitetes, die Art der einzelnen Maßnahmen bestimmendes Zielziel.

Es war also nicht sozialistische Wirtschaftspolitik, die von den Rechtssozialisten in der Koalitionsregierung getrieben wurde, es war vielmehr überhaupt keine Politik, sondern nur ein Fortwursteln zugunsten der Kapitalisten.

Die Freie Presse in Leipzig schrieb am 13. Juli d. Z.: Die Wege, die das Reichsernährungsministerium eingeschlagen hat, haben sehr geführt. Diese Politik war auch eine internationale Unvorsichtigkeit, denn Deutschland durfte nicht die freie Wirtschaft einführen während Frankreich — doch nicht zum Vergnügen — über die Wiedereinführung der Brotkarte berät.

Dabei war es der Rechtssozialist Bauer, der vor Jahresfrist das Programm der freien Wirtschaft aufstellte, was in Wirklichkeit nichts anderes war, als das Programm der freien Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten.

Seit die Rechtssozialisten nicht mehr in der Koalitionsregierung sitzen, üben sie Kritik an der Reichswehr, die doch ihr Koste geschaffen hat. Ebenso kritisieren sie die Besoldungsreform wegen ihrer hohen Gehaltsätze für die oberen und wegen ihrer niedrigen Sätze für die unteren Beamten; dabei sind die Rechtssozialisten selbst mitschuldig an dieser unsozialen Besoldungsreform.

Die Kritik der Rechtssozialisten an den Taten der Koalitionsregierung und die Tatsache, daß die Rechtssozialisten nicht wieder an einer bürgerlichen Koalitionsregierung teilgenommen haben sind die besten Beweise dafür, daß die Kritik und die Stellung der Unabhängigen zur Koalitionsregierung richtig ist.

Mit der verlangten Darstellung über die Regierungsbildung wollen die Rechtssozialisten die Öffentlichkeit verwirren, weil sie hoffen, auf diese Weise für ihre Partei Gimpel fangen zu können. Sie werden aber damit kein Glück haben, denn die Sünden ihrer Koalitionsregierung sind so groß, daß sie auch durch die kühnsten Lügen nicht aus der Welt geschaffen werden können.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus der Volkshammer.

Nach Verabschiedung eines kleinen formellen Gesetzes, durch das das Justizministerium ermächtigt wird, auch andere Stellen als die sächsische Staatsbank an Stelle der Amtsgerichte als Hinterlegungsstellen zu bestimmen, wurde die Etatberatung fortgesetzt.

Beim Kapitel Akademie der bildenden Künste zu Dresden wurden die Einnahmen mit 20 000 Mk. genehmigt und die Ausgaben mit 480 765 Mk. bewilligt, ebenso bei Kunstzwecke im allgemeinen die Ausgaben mit 238 000 Mk. Erledigt wurden ferner die Rechenschaftskapitel auf das Jahr 1918/19. Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, Personensatz, Kraftwerk und Münze, Kohlenfelderoberflächen, Leipziger Zeitung Ausgaben des außerordentlichen Staatshaushalts. Bei den Staatshaushaltskapitel für 1920 Ministerium für auswärtige Angelegenheiten sind Ausgaben in Höhe von 547 223 Mk. eingestellt beim Kapitel Ruhegehälter stehen Einnahmen von 3100 Mk. Ausgaben in Höhe von 14 291 013 Mk. gegenüber beim Kapitel Domänenverwaltung einer Einnahme von 1 190 310 Mk. Ausgaben in Höhe 315 800 Mk. Sämtliche Kapitel wurden genehmigt. Das Kapitel Kraftwerk weist eine Einnahme 755 284 Mk. und Ausgaben von 716 580 Mk. auf. Beim Kapitel Münze bedecken sich die Einnahmen und Ausgaben mit 35 020 Mk. Auch hier wurde die Bewilligung ausgesprochen.

Zum Erwerb von Kohlenfeldern wurden als fiktiver Teilbetrag 2 160 000 Mk. nach der Vorlage bewilligt. Beim Kapitel Landeslotterien hatte der Haushaltsausgleich A beauftragt, die Staatsregierung zu eruchen, bei der Reichsregierung um die Ausarbeitung eines Reichsgesetzes vorzulegen zu werden nach dem alle Lotterien aufgehoben und das Lotteriespiel und der Vertrieb von Losen verboten werden. Finanzminister Dr. Kleinhold hat den Antrag abgelehnt. Durch den Antrag würde der Spielverlust keineswegs aus dem Volke herausgebracht, sondern man würde sich nur dem verbotenen Spiel zuwenden, und der Staat würde große Summen verlieren. Der Antrag würde dem Finanzminister die Möglichkeit nehmen, eine indirekte Steuer zu erheben. Der Antrag wurde mit 25 sozialdemokratischen gegen 20 bürgerliche Stimmen angenommen.

Für den Ausbau und die Erweiterung der im Betrieb befindlichen Braunkohlenwerke und Kauffluß eines neuen Braunkohlenwerkes in Böhlen wurden 60 Millionen verlangt und bewilligt.

Agarische Unverschämtheit.

Am 9. Juni ist von der Reichsregierung eine Verordnung (Pachtordnung) erlassen worden, die die obersten Landesbehörden ermächtigt, für ihr gesamtes Gebiet, oder für Teile davon Pachtverordnungen zu erlassen, die unter Ausschluß des Rechtsweges für Grundstücke, die zu landwirtschaftlicher oder gewerbmäßiger gärtnerischer Nutzung verpachtet oder verlehnen sind, Bestimmung zu treffen. Der Zweck der Verordnung soll sich in erster Linie gegen die wucherliche Ausbeutung durch Pachtverträge richten. Von der Landesregierung ist aber bisher nichts geschehen, um von dieser Bestimmung Gebrauch zu machen, und die in ihrer Profitgier unersättlichen Grundbesitzer bemühen sich, den kleinen Pächtern noch vorher das Fell über die Ohren zu ziehen, ehe der Pachtvertrag wirksam wird. Mit welcher Ungeniertheit und Stumpfsinnigkeit diese Klage dabei zu Werke geht, zeigt ein Schreiben, das von einem praktischen mittleren Landwirt und Gemeindevorstand aus dem Bornaer Bezirk kommt und wie folgt lautet:

„Die Verordnung der Reichsregierung (Pachtordnung) vom 9. Juni 1920 hat allerdings große Anreize hervorgerufen. Insbesondere ist dies von einer Anzahl Leuten benutzt worden, welche in der glücklichen Lage sind, Felder usw. zu verpachten und andre für sich arbeiten zu lassen. Diese haben nun diese Verordnung benutzt und ihren Pächtern einfach erklärt, die Pachtverträge gelten nichts mehr, wir verlangen vom 1. Januar 1920 an statt 100 Mk. mindestens 500 Mk. Pacht pro Hektar. Mancher von den Kleinbauern und Arbeitern haben nun in der Angst, daß ihnen ihr Stückchen Feld genommen wird, diese unverschämten Forderungen angenommen ohne zu bedenken, daß, auch wenn wirklich die hohen Lebensmittelpreise bestehen blieben, er, der Pächter, wenn er seiner Abklosterungsverpflichtung nachkommen will, nicht bestehen kann, wenn er alle Nebenfaktoren und Unkosten in Betracht zieht. Er wird direkt durch derartige Pressungen zum Scheitern getrieben. Wohl soll ohne weiteres anerkannt werden, daß auch den Verpächtern von jedem billig denkenden Pächter, sei es Landwirt oder Arbeiter, eine zeitgemäße Erhöhung des Pachtgeldes gefordert werden, um einen Ausgleich für die Geldentwertung zu schaffen, und es sind Erhöhungen bis zu 250 Prozent freiwillig geboten worden, ja in einigen Fällen bis 300 und darüber, dies ist aber die äußerste Grenze, wenn, wie schon erwähnt, der Pächter in reeller Weise seinen Verpflichtungen nachkommen will. Daß aber die hohen Lebensmittelpreise unmöglich aufrecht erhalten werden können, beweisen nicht nur die überall ausbrechenden Demonstrationen, sondern in allen höheren Verwaltungsstellen ist man zu der Erkenntnis gekommen, daß mit dem Abbau begonnen werden muß.“

Wo aber bleibt der Abbau, wenn aufs neue solche Schrauben angezogen werden und noch dazu von Leuten, die sich auf den so leicht erworbenen Kohlengebühren wärmen und als Viertel- oder Drittelmillionäre das jehige Weltgetriebe in Ruhe ansehen können.

Hier wird es Zeit, daß, wie die Verordnung sagt, schnellstens Pachtverordnungen erlassen werden und auf der Stelle, wo wirklich der Notstand herrscht (Pächter oder Verpächter), handelt es sich um die Hilfe.

Dieser Klage ist kaum noch etwas hinzuzufügen. Die Notwendigkeit eines energischen Eingreifens wird immer unabweisbarer. Zweifelhaft bleibt nur, ob auf dem Wege der Verordnungen, die in der Regel doch nur auf dem Papier stehen bleiben, überhaupt etwas erreicht wird. In der Praxis sind bisher die

Neues Theater.
 Dienstag, den 20. Juli 1920
 Eine Nacht in Venedig.
 Operette in 3 Akten von G. Falla und A. Cionco. Musik von G. Strauß.
 Inszeniert von Joseph Roth. Bühnenleitung: Dr. Max Dörfinger.
 Personen: Ombro, Herzog von Urbino (Kurt Hoffmann); Mariolina
 Delacina, Gräfin Verbaraccio, Dierga Zeffaccio, Senatorin
 von Venedig (Hudoll Wader, Josef Leuninger, Willi Burg);
 Barbara, Delacinas Frau (Lotte Holland); Agicola, Verbaraccios
 Frau (Emma Andra); Constanza, Zeffaccios Frau (Kunz
 Tante); Annina, Silberstecher, Verbaraccios Wirtschafterin
 (Margarete Köhler); Gaspare, des Herzogs Leibdiener (Walter
 Köhler); Beppe, Zeffaccios Diener (Hudoll Wader); Elviretta,
 Assis im Dienste Zeffaccios (Frieda Metz).
 Opernpreise: Einlaß 7 Uhr, Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10½ Uhr.
 Mittwoch, den 21. Juli: 172. Antritts-Vorstellung (H. Folge, Weib):
 Eine Nacht in Venedig. Anfang 7½ Uhr.
 Donnerstag, den 22. Juli: 172. Antritts-Vorstellung (H. Folge, Weib):
 Eine Nacht in Venedig. Anfang 7½ Uhr.
 Freitag, den 23. Juli: Die Silberstecher. Anfang 7½ Uhr.

Altes Theater.
 Wie eintätlich Arelan, den 23. Juli: Geschlossen.
Neues Operetten-Theater.
 Dienstag und Mittwoch geschlossen.
 Donnerstag, den 22. Juli: Die Fährhändler. Anfang 7½ Uhr.
 Freitag, den 23. Juli: Die Silberstecher. Anfang 7½ Uhr.

Theater in der Elsterstraße (Kammerspiele). Fernr. 12 300.
 Täglich 7½ Uhr
In der Quelle
 saß der Knabe
 mit Hans Leibelt.

Sommertheater „Felseneller“ Blagwitz.
 Gastspiel: Theater in der Elsterstraße.
 7½ Uhr Freitag, den 23. Juli 7½ Uhr
Der Raub der Sabinerinnen.
 Schwank in 4 Akten von Franz und Paul v. Schönthan.
 Spielplan: Sonntag, Montag, Dienstag, Mittwoch:
 Der Grobthaler-Kavalier.

Krystall-Palast
 Theater
 Täglich abends 7½ Uhr
Gastspiel „Jean Blatzheim“
Die spanische Fliege.
 Schwank in 3 Akten von Fr. Arnold u. E. Bach.
 Vorher Auftreten erstklassiger Künstler.

Battenberg
Varieté. Abends 7.30 Uhr
 Gastspiel Paul Beckers mit Fr. Silvaré
„Die Erbtante“.
Theater. Abends 7.30 Uhr
 Wan-En, der Gipfel der Frechheit
 Morgen: Wan-En, der Gipfel der Frechheit.
 Vorverk.: Tagesk. 10-2 u. Zlg.-Gesch. Katharinenstr. 6.

Kaiferpark a. Rosental
 Morgen Mittwoch, von 7½ Uhr an
Großer Ball.

Tanzpalast Löwenpark
 Linie 6 L.-Stütteritz Linie 6
 Morgen ab 7 Uhr auf allgemeinen Wunsch
IV. Damenball (Tanz frei)

Leubsdorf Alter Gasthof
 Jeden Dienstag von 7 Uhr an
Großer Hausball.

Stückspiele & Silberhalle
 Krystall-Palast
Harry-Piel-Zyklus
Harry Piel
Die Abenteuer eines Vielgesuchten.
 34 Akte. Täglich: 34 Akte.
Die Luftpiraten
 6 Akte.
 Außerdem der reichhalt. Spielplan.
 Täglich von 3-6 Uhr:
Große Kinder- u. Jugendvorstellung
 Wegen des kolossalen Besuches
 einige Tage verlängert.
 Unwiderruflich nur noch bis Donnerstag.

Volkshaus
 Kaffee Küche
 Donnerstag, den 22. Juli, ab 7½ Uhr:
Volkstümliches Ballfest.
Schwarzwälder Dirndl-Abend
 Dekoration: Ein Dorfidiyl im Schwarzwald!
 16 Mann starkes Schütze-Orchester.
Damen im Dirndl-Kostüm freien Eintritt!

Luna-Park am Auensee
 Morgen 1. Großes Ferien-Kinderfest
 Park-Konzerte — Gemeinsame Spiele — Festzug: Im Blumengarten
 mit anschließender Aufführung eines von 24 Mädchen dargestellten Reigens:
 Vier Jahreszeiten — — — Kindertanz in der Hauptwirtschaft.
 Eintritt: Erwachsene 40 Pfg., Kinder 60 Pfg., einschließlich Festausstattung.
 Morgen Donnerstag, den 22. Juli:
 2. Großes Elite-Konzert
 n. a. Posaunenquartett vom Turm des Hauptrestaurants. Bei eintr. Dunkelheit:
Großes Brillant-Feuerwerk über dem See.

Trojahns Schützenhaus Eisenbahnstrasse 129
 Fernsprecher 60138
 Inhaber: Paul Käßel
 Morgen Mittwoch ab 7 Uhr:
Der elegante Mittwochs-Ball

Neuer Gasthof Gohlis.
 Heute Dienstag abends 8 Uhr:
Grosses Ballfest.

Tombola Ständige
 alle Sommerfesttage, Kategorien
 mit Licht u. Stod 90 P. bill.
 Bezugsquelle f. Wiedervert.
 Lauchhagen u. Schützenfesten
 G. Wagner, Dresdner Str. 20.1.
Goldene Krone Sonnenwik
 Salztelle der 10 u. * -Bahn.
 Inh. August Schulze, Fernspr. 35 762.
 Morgen Mittwoch 7 Uhr abends:
Großer Festball.

Lichtschauspielhaus
 Eisenbahnstr. 74
 Vom 20. bis 22. Juli — Das gewaltige 2teilige
 Kolossal-Filmwerk
Der Tanz auf dem Vulkan
 I. Teil (Sybil Young). Ein großes soziales
 6 Sitten- und Verschwörer-Drama in 6
 Riesen-Akten
 Hauptrolle Violette Napierska. Hierzu
Die Selbstmordkandidaten
 Ein ganz tolles Lustspiel
 in 3 Akten.
 Täglich Einlaß 5 Uhr
 Anfang 7½ Uhr

Königs-Pavillon
 Promenadenstr. 8. Fernruf 19271.
 Nur noch 3 Tage!
 Der V. Teil 9. Episode **Der Giftmensch** 4 Akte
Die Vampire
 Esther Carena — Hans Wegener
 in dem 5aktigen Schauspiel
Der Sünde Sold
 aus dem Zirkus- und Artistenleben
 Anfang 4½, 6½ und 8½ Uhr

Kasino-Lichtspiele
 Neumarkt — Fernr. 19950
 Der II. Teil von
Der Todesjockey
Die große Zirkus-Attraktion
 Abenteuerl. Sensations-Roman
 in 5 Teilen.
Albert Paulig
 in dem 3aktigen Lustspiel
Wenn man berühmt ist.
 Anfang: 4½, 6½ und 8½ Uhr.

Welt-Theater
 Barfußgasse — Am Markt
Guido Herzfeldt
 in: Nach schwerer Zeit
 scheint endlich doch des
 Liebestrühlings Sonne!
 Drama aus den Kreisen der
 oberen Zehntausend in 5 Akten.
Stuart Webbs
 Geniestreich:
**„Den — hab' ich
 besorgt!“**
 (Der Spuk) 3 Akte.
 Anfang: 4½, 6½ und 8½ Uhr.

Leipziger Schauspielhaus.
 Kopplentz. 17/19. Direktion: Art. Wehnen. Fernruf 1000
 Dienstag, den 20. Juli 1920
 Gastspiel Anton Grand.
Zwangsquartierung.
 Schwank in 4 Akten von Franz Arnold und Ernst Bach.
 In Szene gesetzt von Anton Grand.
 Personen: Kommissärent Anton Schwalbe, Polizeikommissar (* * *);
 Gerdard, sein Weib (Hans Werfel); Swastin, Ellermann, sein
 Kompanie (Kurt Kirschner); Helene, seine Tochter (Lotte Heand-
 litz); Dr. Hans Gehme (Wigelm Werth); Helga, Aereford's
 (Hans Käling-Meier); Wilhelm Gerte (Karl Weiden); Auguste
 Alendin (Dina Bedow); Anna, ihre Tochter, Adelin bei Schwalbe
 (Eulie Winterberg); Karl, Diener bei Schwalbe (Karl Paulus);
 Frau Kollmann, Portiererin (Edith Gärtner).
 Ort der Handlung: Eine große Provinzstadt.
 * * * Kommissärent Anton Schwalbe . . . Anton Grand
 Pause nach dem 2. Akt.
 Gewöhnliche Preise.
 Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.
 Mittwoch, den 21. Juli: Gastspiel Anton Grand: Zwangsquar-
 tierung. Anfang 7½ Uhr.
 Donnerstag, den 22. Juli: Gastspiel Anton Grand: Zwangsquar-
 tierung. Anfang 7½ Uhr.

Leipziger Volksbühne. Fernruf 11111.
 Leitung: Robert Overweg.
 Mittwoch, den 21. Juli, abends 7½ Uhr
 Serie 5
Das Dorf ohne Glode.
 Spielplan: Donnerstag: Serie 6, Freitag: Serie 7: Das Dorf
 ohne Glode.

Marionettentheater Messplatz Hauptrestaurant
 Direktion: Kollmann-Bild. — Spielzeit: Sam. u. Sonn- u. Feiertag.
 Täglich 4 Uhr Gr. Ferienvorstellung, Klein-Däumling
 u. Nachm. u. abds.: Theatrum mundi-Nachspiele
 Täglich 8 Uhr: **Kaspars Benefiz:**
 Nun muß Kasper heiraten! Volle mit Gesang, Ur-
 tomisch! Lotter Dumori! Vorverkauf: Warenhaus Althoff.

Drei Linden
 Täglich abends 7½ Uhr
Der glänzende Varieté-Spielplan
 sowie die Neuheit
Der Einbruch
 mit Bernhard Wildenhain
 in der Hauptrolle.
 Ab 1. August:
 ? ? ? ?
 Vorverkauf: Tageskasse (Tel. 33495 und 33548).
 Th. Althoff, Petersstr., Konsumverein, K.-Heine-Str.

SARRASANI
 Täglich 7½ Uhr, Mittwoch auch 3 Uhr.
 Nur kurze Zeit! Die gewaltigsten Schöns-
 würdigkeiten zu volkstümlichen Preisen.
Mittwoch 3 Uhr
 halbe Preise für Kinder.
 Vorverkauf: Kaufhaus Gebr. Ury.

Wintergarten
 Eisenbahnstraße 56. Fernruf 18195/96
Der Tod u. die Liebe
 Großes Drama aus zwei Welten in 6 Akten.
Tollkühne Banditen
 oder: Der Giftbecher.
 Mexikanisches Wild-West-Abenteuer aus dem Leben
 eines Cow-Boys (4 Akte)
 Und der übrige Spielplan.
 Jugendvorstellung.

Rindensfels
 Karl-Heine-Strasse 50. Fernruf 18195/96
Ellen Richter
 im Drama in 4 Akten
Brigantenliebe.
Der Sommerfrischler.
 Tolles Lustspiel in 3 Akten mit
 Hans Dege, Gerhard Dammann
 Und der übrige Spielplan.
 Jugendvorstellung.

Film-Palast
 L.-Lindenu, Gundorfer Strasse 31.
Inmitten der Dschungeln
 oder
Den Bestien preisgegeben.
 Echt amerik. Jagd- u. Wildwestfilm in 3 Akten.
 In der Hauptrolle d. berühmte Tierbändigerin
 Kattlyn Williams.
Das Werkzeug des Cosmo
 Drama in 5 Akten mit Holoa Moja.
Das ewige Rätsel
 Drama in 5 Akten mit Carcia Toelle.